

RML2future

Network for multilingualism and
linguistic diversity

***It's never too late ...
monolingualism is easy to cure!***

***Es ist nie zu spät ...
Einsprachigkeit ist heilbar!***

KOMPENDIUM Sprachplanung

www.rml2future.eu

Impressum:

RML2future – Netzwerk für Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt in Europa
unter Leitung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

www.language-diversity.eu, www.rml2future.eu

Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Schiffbrücke 41
D-24939 Flensburg
info@fuen.org
www.fuen.org

in Zusammenarbeit mit



EURAC
research
www.eurac.edu

 **DG**
www.dglive.be

**HOJSKOLEN
ØSTERSØEN**
www.hojoster.dk

 **NARODNI SVET
KOROŠKIH SLOVENCEV**
www.nsk.at

 **YENI**
www.yeni.org

Übersicht

I) STRATEGISCHE SPRACHPLANUNG
im Kontext Europäischer Sprachminderheiten

II) SPRACHMINDERHEITEN IN EUROPA
Herausforderungen und Perspektiven

III) KLEINES KOMPENDIUM
Sprachminderheitenrelevanter Begriffe



STRATEGISCHE SPRACHPLANUNG

im Kontext Europäischer Sprachminderheiten

Schriftliche Überarbeitung des Vortrags ‚Sprachförderung heute:
Strategische Sprachplanung im Kontext europäischer
Sprachminderheiten‘; RML2Future Konferenz ‚Europäische Sprachpolitik
für Regional- und Minderheitensprachen‘, EURAC, Bozen/Bolzano, 17.-
18. Januar 2012

Jeroen Darquennes, Pluri-LL – Group de Recherche sur le
Plurilinguisme, Université Namur

2012



Strategische Sprachplanung

im Kontext Europäischer Sprachminderheiten

EINFÜHRUNG

Gemessen am Rest der Welt ist der Anteil Europas an der globalen Sprachenvielfalt eher gering. Nach Haarmann (2006: 335) beheimatet Europa lediglich etwa 2,2% der geschätzten 6.417 einheimischen Sprachen der Welt. Beschränkt man sich auf die Europäische Union, dann verringert sich die Zahl der einheimischen Sprachen um ein weiteres. Neben den 23 Amtssprachen der EU und einer „Vielzahl“ an nicht-einheimischen Sprachen gäbe es – laut der Europäischen Kommission – „über 60“ Regional- oder Minderheitensprachen, die von „bis zu 50 Millionen Menschen“ in der EU gesprochen würden (Europese Commissie 2008: 7). Manche dieser Sprachgemeinschaften – besonders die großen und die größeren – sind europaweit bekannt. So zum Beispiel die etwa 4 Mio. Katalanen in Katalonien, die etwa 515.000 Basken im Autonomen Baskenland und die etwa 575.000 Waliser. Die Mehrheit der infolge geschichtlicher Prozesse sozial-geographisch marginalisierten Sprachgemeinschaften führt jedoch aus einer gesamteuropäischen Perspektive betrachtet eher eine Schattenexistenz und kann sich auch keiner allzu weitreichenden politischen (und wirtschaftlichen) Autonomie erfreuen. Das gilt, z.B., für die ca. 200.000 Kaschuben in Polen, die ca. 4.200 Slowenen in Ungarn sowie für die weniger als 100 Liwen in Lettland, deren Sprache zu den sogenannten Kleinst- oder Zwergsprachen gerechnet wird (die Schätzungen basieren auf Haarmann 2002 und Extra/ Gorter 2009). Obwohl die europäische Sprachminderheitenlandschaft an sich sehr heterogen ist, haben alle Minderheitensprachgemeinschaften Folgendes gemeinsam: der Erhalt ihrer Sprache und Kultur steht – wenn auch in einem höchst unterschiedlichen Ausmaß – unter Druck. Und wenn es den größeren Sprachgemeinschaften wie die oben zitierten Basken, Katalanen und Waliser inzwischen gelungen sein mag, diesen Druck auf ein Minimum zu reduzieren, dann ist dies nicht der Fall für viele kleinere und/oder sozial-politisch schwächere Sprachgemeinschaften. Diese Sprachgemeinschaften sind ständig auf der Suche nach Maßnahmen, die es ihnen erlauben könnten, den gesellschaftlichen Sprachwechsel, mit dem sie konfrontiert werden, zu hemmen. Ziel dieses Beitrags ist es, auf ein paar ‚allgemeinere Prinzipien‘ hinzuweisen, welche besonders solche Sprachgemeinschaften, die über wenig Ressourcen verfügen, als Anlass nehmen könnten, um entweder über die Gestaltung von zukünftigen Maßnahmen nachzudenken oder die bereits entwickelten Maßnahmen einer konstruktiven Kritik zu unterziehen. Die allgemeinen Prinzipien werden am Ende dieses Beitrags erwähnt. Zur Orientierung wird jedoch zuerst aus einer eher allgemeinen Perspektive auf das Phänomen des Sprachwechsels sowie auf die Sprachplanung im Kontext der einheimischen europäischen Minderheiten eingegangen.

SPRACHWECHSEL

Dass eine Sprachgemeinschaft als Sprachminderheit eingestuft wird, hängt nicht mit dem intrinsischen ‚Wert‘ ihrer Sprache und ihrer Kultur zusammen. Zwar ist es natürlich so, dass es zwischen der Minderheit und der Mehrheit sprachliche und kulturelle Unterschiede gibt. Aber der Grund dafür, dass man die eine Sprachgemeinschaft als ‚Minderheit‘ und die andere als ‚Mehrheit‘ einstuft, hängt nicht direkt mit sprachlichen und kulturellen Unterschieden zusammen, sondern wohl eher damit, dass die Minderheitensprachgemeinschaft (kurz: die Sprachminderheit) – im Vergleich zur sie umgebenden Mehrheit – über einen geringeren sozialen Status und über weniger (politische) Macht verfügt. Diese Status- und Machtunterschiede spiegeln sich in einen geringeren Status und ein geringes Prestige sowie in einen niedrigeren Grad der Institutionalisierung und Legitimierung der Minderheitensprache im Vergleich zur Mehrheitssprache wider (vgl. Nelde/ Strubell/ Williams 1996: 10-12). Die Folge ist, dass Minderheitsangehörige, die einen sozialen Aufstieg anstreben, dazu neigen, die Sprache der Mehrheit der eigenen Sprache zu bevorzugen. Infolge dieses Sprachwechsels verliert die Minderheitensprache im Laufe der Zeit an Boden. Anders formuliert: sie wird weniger benutzt.

Im Falle vieler einheimischer europäischer Sprachminderheiten ist der Sprachwechsel dermaßen vorangeschritten, dass der alltägliche Gebrauch der Minderheitssprache hauptsächlich auf die so genannten privaten Sprachverwendungsbereiche (Familie und Bekanntenkreis) beschränkt ist, und dass die Vitalität der Minderheitensprache vorwiegend auf den Schultern der älteren Generation ruht. Dass aber auch dann der Sprachtod noch nicht unmittelbar bevorsteht, haben sozio- und kontaktlinguistische Untersuchungen schon mehrmals gezeigt. Auch im Falle von gefährdeten Sprachminderheiten treten ja oft ungeplante Mechanismen in Wirkung, die den Sprachwechsel entweder hemmen oder umkehren und dem Sprachwechselprozess so eine non-lineare statt einer linearen, automatisch auf den Sprachtod abzielenden Charakteristik verleihen.

Mehr als von unerwarteten Prozessen hängt das Geschick der Sprachgemeinschaften jedoch von Versuchen engagierter Sprachaktivisten ab, den Verlauf des Sprachwechsels durch sprachenpolitische und sprachplanerische Maßnahmen positiv zu beeinflussen. Der entscheidende Wert sprachenpolitischer Maßnahmen für das Überleben von Sprachminderheiten trat in Europa in den 1960er und 1970er Jahren, zur Zeit der so genannten ‚ethnischen Renaissance‘ (vgl. Héraud, 1987) in den Vordergrund. Zuerst auf nationalstaatlicher Ebene und seit der direkten Wahl des Europaparlamentes im Jahre 1979 zunehmend auch auf staatenübergreifender europäischer Ebene (vgl. Ebner 2009). Auf der Ebene des Europarates sind unter anderem Schutzmechanismen wie das *Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* (1995) und besonders auch die *Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* (1992) entwickelt worden, im Geist derer die Nationalstaaten dazu aufgefordert werden, die kulturelle und sprachliche Vielfalt auf ihrem Hoheitsgebiet zu unterstützen.

DIE CHARTA ALS SPRACHPLANERISCHES INSTRUMENT

Die *Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* hat nicht nur einen hohen Symbolwert, indem sie zu einer (weiteren) Officialisierung und zu einer öffentlichen Anerkennung der Minderheitensprachen beiträgt. Sie hat auch einen – wenn auch nicht immer optimal benutzten – sprachplanerischen Wert. Im Einklang mit den Prinzipien der Sprachplanung will die Charta das Schicksal der einheimischen europäischen Minderheitssprachen positiv beeinflussen. So wird im dritten Teil der Charta ein Maßnahmenkatalog präsentiert, der die drei üblichen Sprachplanungsdimensionen berücksichtigt, nämlich: die Korpus-, die Status- und die Spracherwerbsdimension.

1. Die Korpusdimension bezieht sich im Wesentlichen auf die Standardisierung, die Normierung und/oder die Erweiterung des Lexikons, der Grammatik und der Orthografie einer Sprache. Diese Dimension wird in der Charta berücksichtigt, indem in den Artikeln 9 und 12 der Wert von Übersetzungs- und terminologischer Arbeit im Hinblick auf (i) die Benutzung der Sprache im Gerichtswesen und in den Medien, und (ii) den Erhalt und die weitere Entwicklung / Modernisierung der verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen, sozialen, technischen und juristischen Terminologie hervorgehoben wird.

2. Die Statusdimension bezieht sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung vom Status sowie von der funktionalen Verbreitung einer Sprache innerhalb der Gesellschaft (ohne dass damit gleichzeitig eine Zunahme der Sprachbenutzer beabsichtigt würde). Die Charta fördert das Angebot und den Gebrauch von Minderheitensprachen besonders im Gerichtswesen (Art. 9), in den Behörden (Art. 10), in den Medien (Art. 11), im kulturellen Bereich (Art. 12), im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (Art. 13) und im Bereich des Kulturaustausches (Art. 14).

3. Die Spracherwerbsdimension bezieht sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung der Zahl der Sprecher einer bestimmten Sprache. Im Hinblick auf eine Erhöhung der Minderheitensprachensprecherzahl enthält Art. 8 der Charta eine Liste von Maßnahmen, die auf das Angebot der Minderheitensprache vom Kindergarten bis zum Erwachsenenunterricht hinzielen.

Nicht nur die Berücksichtigung der drei oben erwähnten Dimensionen sorgt dafür, dass die Charta mit dem Stand der Sprachplanungstheorie am Ende der achtziger bzw. am Anfang der neunziger Jahre im Einklang ist. Dadurch, dass die Auswahl von Spracherhaltungsmaßnahmen nicht ‚von oben‘ aufgezwungen, sondern es den Vertragsparteien überlassen wird, welche Maßnahmen sie im Kontext der von ihnen ausgewählten Sprachminderheiten implementieren möchten, erkennt die Charta die Notwendigkeit der Entwicklung maßgeschneiderter Maßnahmen an (vgl. Haugen 1972, Fishman 1991). Indem die Vertragsparteien dazu verpflichtet sind, Maßnahmen aus den Artikeln 8 – 14 auszuwählen, wird auch der Erkenntnis Rechnung getragen, dass Sprachplanung dann am erfolgreichsten ist, wenn sie auf die Ausarbeitung von komplementären, sich gegenseitig verstärkenden Maßnahmen ausgerichtet ist (vgl. Bereznak/ Campbell 1996, Williams 2008). Und dadurch, dass die Ratifizierung der Charta automatisch auch zu einer Evaluierung der implementierten Maßnahmen Anlass gibt, berücksichtigt die Charta auch die Notwendigkeit zur kritischen Evaluierung sprachplanerischer Aktivitäten sowie sie in der Literatur immer wieder hervorgehoben wird (vgl. Rubin 1983, Kaplan/ Baldauf 1997).

Obwohl das Gerüst der Charta weitgehend der Sprachplanungstheorie am Ende der achtziger bzw. Anfang der neunziger Jahre entspricht, weist sie jedoch auch ein paar

Defizite auf. Mit dem Juristen Rainer Hofmann (1999) muss man feststellen, dass die Mechanismen der Charta im Hinblick auf ihren Einfluss auf die jeweilige nationale Gesetzgebung bisher eher harmlos sind. Wenn sie sich überhaupt für eine Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta entscheiden, behalten die Staaten immer noch einen großen Freiraum bei der Auswahl jener Sprachminderheiten, auf die sich Teil III der Charta bezieht, und wohl auch bei der Bestimmung solcher entscheidenden Konzepte wie ‚Sprachminderheit‘. Weiterhin stellt man auch fest, dass besonders die Sprachminderheiten, die nicht über ähnliche Ressourcen wie die schlagkräftigen Waliser, die Südtiroler, die Katalanen in Katalonien und die autonomen Basken verfügen, es schwer haben, das sprachplanerische Potenzial der Charta einzulösen, und dies mal abgesehen davon, ob der Staat, zu dem die Minderheiten gehören, die Charta ratifiziert hat oder nicht. Besonders diese Minderheiten würden aus einem die Charta ergänzenden Leitfaden zur Entwicklung und Implementierung von Sprachplanungsmaßnahmen einen Nutzen ziehen. Da ein solcher Leitfaden bis jetzt nicht existiert, sei hier – in Erwartung der Entwicklung eines solchen – ein erster Versuch gewagt, ein paar allgemeine(re) Sprachplanungsprinzipien, die aus der Überfülle an sprachplanerischer und sprachenpolitischer Literatur hervorgehen, aufzulisten.

WEGE ZUM SPRACHERHALT

Eine erste, wichtige Erkenntnis ist, dass es keinen Königsweg zum Spracherhalt (bzw. zur Sprachrevitalisierung) gibt. Angesichts der Vielfalt der europäischen Minderheitenlandschaft kann es den auch gar nicht geben. Das heißt aber nicht, dass sich die Sprachminderheiten in ihrem Streben nach Spracherhalt nicht von einigen mit Erfolg eingesetzten Maßnahmen und besonders auch von den die Entwicklung und Implementierung dieser Maßnahmen begleitenden Arbeitsprozessen inspirieren lassen könnten. Es ist ja so, dass Spracherhaltungsmaßnahmen auch in Wales, dem Autonomen Baskenland und Katalonien nicht wie vom Himmel gefallen kommen. Wohl haben diese Minderheiten, die u.a. mit der Sprachplanungsbehörde des walisischen Sprachenkommissars, dem soziolinguistischen Subdirektorat der katalanischen *Generalitat* und dem baskischen Unterrichtsministerium über Institutionen verfügen, die auf die Entwicklung und Implementierung von sprachplanerischen Maßnahmen spezialisiert sind, sich über die Jahre hinweg an die Abfolge gewöhnt, die man in der Literatur für die Entwicklung von erfolgreichen Maßnahmen für sinnvoll hält:

1. Bestandsaufnahme der Lage der Minderheitensprache in der jeweiligen Sprachgemeinschaft.
2. Identifizierung von Bedürfnissen im Hinblick auf den (weiteren) Erhalt der Minderheitensprache.
3. Verbindung der Bedürfnisse mit konkreten Zielsetzungen.
4. Entwicklung von Maßnahmen und eines Stufenplans zur Implementierung dieser Maßnahmen und zur Konkretisierung der Zielsetzungen (im walisischen Kontext ist hier die Rede von ‚language schemes‘).
5. Evaluierung der entwickelten Maßnahmen.

Was die Zielsetzungen und die damit verbundenen Maßnahmen betrifft, so merkt man, dass die im Bereich des Spracherhalts erfolgreichen Sprachminderheiten sich von den Prinzipien führen lassen, die die Autoren des SMiLE-Berichtes wie folgt zusammengefasst haben (Grin et al. 2002: 80):

1. Man soll dafür sorgen, dass diejenigen Personen, die die Minderheitensprache benutzen (wollen) auch über die Kompetenzen (im SMiLE-Bericht ist die Rede von ‚capacity‘) verfügen, die dies ermöglichen.
2. Man soll dafür sorgen, dass die Personen, die die Minderheitensprache aktiv benutzen (wollen), auch die Möglichkeit dazu haben (im SMiLE-Bericht ist die Rede von ‚opportunity‘).
3. Man soll die (sozialen und psychologischen) Hemmungen beseitigen, die den Gebrauch der Minderheitensprache im Wege sind. Anders formuliert: man soll dafür sorgen, dass es unter den Personen, die der Minderheitssprache mächtig sind, ein Verlangen bzw. eine Begierde gibt, die Minderheitensprache aktiv zu benutzen (im SMiLE-Bericht ist die Rede von ‚desire‘).

Im SMiLE-Bericht wird auf die Komplementarität der auf ‚capacity‘, ‚opportunity‘ und ‚desire‘ hinzielenden Maßnahmen hingewiesen. Und sowohl vor dem Hintergrund des SMiLE-Berichts als auch der sonstigen Sprachplanungsliteratur könnte man hinzufügen, dass Maßnahmen ‚von oben‘ im Idealfall mit Maßnahmen ‚von unten‘ kombiniert und sich nach Möglichkeit auf gesellschaftliche Makro-, Meso- und Mikro-Ebenen richten sollten. Schaut man sich jetzt aus einer allgemeinen Perspektive die Maßnahmen an, die es im Bereich der ‚von oben‘ dirigierte und hauptsächlich auf das gesellschaftliche Makro-Niveau ausgerichtete Sprachplanung gibt, dann lassen sich in solchen Regionen wie Wales, dem autonomen Baskenland und Katalonien die folgenden Tendenzen beobachten:

Wenn es darum geht, die Kompetenzen in der Minderheitensprache zu fördern, dann wird in den drei genannten Gebieten (und übrigens auch in anderen Gebieten) sehr viel Wert gelegt auf das Angebot der Minderheitensprache im Unterricht. Man achtet dabei besonders auf die Kontinuität vom Angebot vom Kindergarten über die Grundschule bis zur Sekundarschule. Und man investiert auch in das Angebot der Minderheitensprache in der Kinderkrippe, im Hochschulwesen und in der Erwachsenenbildung. Die Art und Weise wie man die Minderheitensprache in das Schulwesen integriert, weist Unterschiede auf. Im katalanischen Regelschulwesen hat man sich für die ‚katalanische Immersion‘ entschieden. In Wales existieren die sogenannten ‚welsh-medium schools‘ neben den ‚english-medium schools‘, in denen Walisisch als Fach angeboten wird. Und im autonomen Baskenland gibt es drei Modelle: ein Modell A (mit Spanisch als Unterrichtssprache und Baskisch als ‚Zweitsprache‘), ein Modell B (mit Spanisch und Baskisch als Unterrichtssprachen), und ein Modell D (mit Baskisch als Unterrichtssprache und Spanisch als ‚Zweitsprache‘). In den drei Gebieten werden pädagogische Konzepte und Unterrichtsprogramme sorgfältig geprüft. Es wird investiert in die Lehrerbildung. Und infolge der gesellschaftlichen Dynamik werden die Modelle regelmäßig (leicht) angepasst. So arbeitet man im Baskenland zur Zeit an einer Revision des 3-Modell-Systems und werden Formen eines neu konzipierten ‚mehrsprachigen Unterrichts‘ angestrebt. Und dies weil man das Gefühl hat, dass die existierenden Modelle nicht ganz dazu in der Lage sind, dem zugenommenen Druck des Englischen und der steigenden Zahl der weder Baskisch noch Spanisch sprechenden Migranten die Stirn zu bieten. Und noch mehr als in der Vergangenheit denkt man darüber nach, wie man Baskisch im Hochschulwesen und im Rahmen des lebenslangen Lernens fördern könnte (vgl. Cenoz 2009). Dabei verliert man aber die Warnung „the school cannot do it alone“ (vgl. u.a. Fishman 1991) nicht aus dem Auge. Maßnahmen im Unterrichtswesen reichen nicht aus, um den aktiven alltäglichen Gebrauch der Minderheitensprache anzukurbeln.

Im Bereich der ‚Sprachförderung‘ geht man in Wales, dem Baskenland und Katalonien davon aus, dass das Angebot die Nachfrage positiv beeinflusst. Das heißt, dass man in einer pro-aktiven Weise versucht, der Minderheitensprache in solchen Bereichen wie dem öffentlichen Dienst, dem Gerichtswesen, dem Gesundheitswesen, dem Rundfunk, dem Fernsehen und dem Kulturbetrieb einen Platz zu geben. Daneben versucht man aber auch, den Gebrauch der Minderheitensprache in solchen Bereichen wie der lokalen und regionalen Wirtschaft und den neuen (sozialen) Medien zu fördern. Im wirtschaftlichen Bereich unterstützt man nicht nur die (Weiter-)Entwicklung einer ‚Sprachwirtschaft‘ (d.h. einer Wirtschaft, in der ‚Sprache‘ im Schoße der Sprachlernindustrie als Produkt angeboten wird). Man zielt auch auf eine ‚Wirtschaft mit der Sprache‘ hin, in der die Minderheitensprache ein wichtiger (strategischer) Bestandteil einer auf den Verkauf von lokalen und regionalen Produkten abzielenden

Marketingstrategie ist (cf. Williams 2007 sowie Kelly Holmes/ Mautner 2010). Was die neuen Medien betrifft, so will man besonders sicherstellen, dass die geläufigen (Steuer-)Programme auch in der Minderheitensprache zur Verfügung stehen. In Wales, z.B., beschäftigt sich eine Dienststelle des Sprachenkommissars mit sprachtechnologischen Fragen. Aber nicht nur offizielle Instanzen zeigen Interesse für den Gebrauch von Minderheitensprachen im Bereich der ‚neuen‘ Medien. Es gibt auch gemeinnützige Initiativen, die der ‚virtuellen Verbreitung‘ der Minderheitensprachen gewidmet sind und die so zur Modernisierung des – oft ungerechterweise mit ‚Provinzialismus‘, ‚Folklorismus‘, usw. assoziierten – Image von Minderheitensprachen beitragen (ein schönes Beispiel ist Softcatalà, cf. www.softcatala.org).

Eine der größten Herausforderungen, mit denen Sprachplaner und Entscheidungsträger konfrontiert werden, ist das Überwinden der Stereotype, die in- und außerhalb der Sprachminderheit über die Minderheit und deren Sprache existieren. Hier gilt es, den (potenziellen) Sprechern, und besonders den jüngeren, einen gewissen Stolz oder ein gewisses Selbstwertgefühl beizubringen, wenn es um den Gebrauch der Minderheitensprache geht. Das tut man, indem man den Versuch wagt, der Minderheitensprache in Teilgebieten der Gesellschaft, die das breite Publikum ansprechen, einen Platz zu geben. In Wales koppelt man die Sprache ganz bewusst an das Rugby. Und wer sich für Fußball interessiert, hat bestimmt schon gemerkt, dass FC Barcelona nicht nur seine Rolle als Botschafter Kataloniens sondern auch als Botschafter des Katalanischen glänzend erfüllt. Auch Musik und andere Formen der populären Kultur (Seifenreihen und Werbung in der Minderheitensprache usw.) tragen zu einer stärkeren Identifizierung mit der Minderheitensprache bei. Wohl sollte man sich vor einer allzu aggressiven und auffälligen Förderung der eigenen Sprache hüten. Während des Seminars *Images of Minority Languages* (organisiert vom Svenska Kulturfonden in Brüssel am 4. Juni 2010) betonte Meirion Prys Jones, bis vor kurzem Direktor vom *Welsh Language Board*, dass eine allzu aufdringliche, artifiziell anmutende Förderung der Minderheitensprache eine kontraproduktive eher als eine positive Wirkung hat.

AUSBLICK

Im Moment sieht es so aus, als ob es den Walisern, den autonomen Basken und den Katalanen gelingen wird, die eigene Sprache für die künftigen Generationen zu sichern. Ganz zuversichtlich sind die Sprachplaner jedoch immer noch nicht. Deshalb suchen sie weiter nach Möglichkeiten, die existierenden sprachplanerischen Initiativen zu optimieren bzw. neue, breitere Initiativen zu entwickeln. Der walisische Forscher Colin H. Williams ist in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass der einzige Weg nach vorn die Entwicklung von holistischen sprachenpolitischen und sprachplanerischen Maßnahmen ist. Ein Zitat:

“The difficulties of language maintenance are by now very well known, but the central justification for emphasising greater holistic perspectives is that maintenance and revitalisation efforts rely on much more than language, education and culture. And yet too few of our language planning agencies are really able to grapple with the multifaceted elements required, being limited to social mobilisation programmes, educational activities and marketing campaigns. Hence they are bereft of any structural, and hence lasting, influence on issues of mainstream economic growth, regional development policy, labour migration, investment strategies and the like, all of which influence the vitality (or morbidity) of language networks and communities. Language planners conventionally cite the extra-linguistic impediments to effective policy implementation, but rarely engage such factors head on, presuming that they fall within the remit of other professional disciplines.” (Williams 2008: 126).

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Wales, Katalonien, das autonome Baskenland (und andere Regionen wie Süd-Tirol) ihre Sprachpolitik und Sprachplanung in absehbarer Zeit noch in einen höheren (holistischen) Gang schalten werden. Es hat den Anschein, dass der Wille und die professionelle Unterstützung anwesend sind, um das zu tun. Die letzteren dürften in manch kleineren Sprachgemeinschaften fehlen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bereznak, Catherine/ Campbell, Lyle (1996): Defense strategies for endangered languages. In: Goebel, Hans/ Nelde, Peter H. et al. (eds.): *Kontaktlinguistik. Bd. I.* Berlin/ New York: de Gruyter, 659-666.
- Cenoz, Jasone (2009): *Towards Multilingual Education. Basque Educational Research from an International Perspective.* Clevedon: Multilingual Matters.
- Ebner, Michel (2009): *Einheit in Vielfalt: 15 Jahre Minderheitenpolitik in Europa.* Bozen: Athesia.
- Europese Commissie (2008): *Europa op de bres voor meertaligheid. Talen in de Europese Unie.* Brussel: Europese Commissie.
- Extra, Guus/ Gorter, Durk (eds.) (2001): *The Other Languages of Europe.* Clevedon: Multilingual Matters.
- Extra, Guus/ Gorter, Durk (2009): Regional and immigrant minority languages in Europe. In: Hellinger, Marlis/ Pauwels, Anne (eds.): *Handbook of Language and Communication: Diversity and Change.* Berlin: de Gruyter, 15-52.
- Fishman, Joshua A. (1991): *Reversing Language Shift.* Clevedon: Multilingual Matters.
- Goebel, Hans (1994): Geschichte lernen und aus Geschichte lernen: Die altösterreichische Sprachenvielfalt und Sprachenpolitik als ein Modellfall für ein Europa von morgen. In: Helfrich, Uta/ Riehl, Claudia Maria (eds.): *Mehrsprachigkeit in Europa - Hindernis oder Chance?* Egert: Wilhelmsfeld, 55-82.
- Goebel, Hans/ Nelde, Peter Hans/ Stary, Zdenek/ Wölck, Wolfgang (eds.) (1997): *Kontaktlinguistik. Bd. II.* Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Grin, François et al. (2002): *Support for Minority Languages in Europe.* Brussels: European Commission.
- Haarmann, Harald (2002): *Kleines Lexikon der Sprachen. Von Albanisch bis Zulu.* München: C.H. Beck.
- Haarmann, Harald (2006): *Weltgeschichte der Sprachen.* München: C.H. Beck.
- Haugen, Einar (1972): The ecology of language. In: Dil, Anwar S. (ed.): *The ecology of language.* Stanford: Stanford University Press, 325-339.
- Héraud, Guy (1989): Renaissances éthniques. In: Ammon, Ulrich/ Mattheier, Klaus J./ Nelde, Peter H. (eds.): *Brennpunkte der Soziolinguistik (Sociolinguistica 1)*, 30-45.
- Hofmann, Rainer (1999): Der Schutz von Minderheiten in Europa. In: Weidenfeld, Werner (ed.): *Europa-Handbuch.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 823-846.
- Kaplan, Robert B./ Baldauf, Richard B. (1997): *Language planning. From practice to theory.* Clevedon: Multilingual Matters.

- Kelly Holmes, Helen/ Mautner, Gerlinde (eds.) (2010): *Language and the Market*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Nelde, Peter Hans/ Strubell, Miquel/ Williams, Glyn (1996): *Euromosaic. The Production and Reproduction of Minority Speech Communities in the EU*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Williams, Colin H. (2007): Marketing Welsh in an ambivalent context. In: *Noves SL. Revista de Sociolingüística*. Winter 2007. www.gencat.cat/llengua/noves [Stand vom 18. März 2012]
- Williams, Colin H. (2008): *Linguistic minorities in democratic context*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

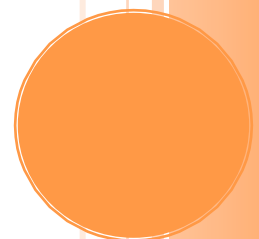
SPRACHMINDERHEITEN IN EUROPA

Herausforderungen und Perspektiven

Text über die allgemeine Lage der einheimischen europäischen
Sprachminderheiten; verfasst im Auftrag des Netzwerkes RML2future

Jeroen Darquennes, Pluri-LL – Groupe de Recherche sur le
Plurilinguisme, Université de Namur

2012



Sprachminderheiten in Europa

Herausforderungen und Perspektiven

EINFÜHRUNG

Die 23 offiziellen Amts- und Arbeitssprachen, die es zur Zeit auf der institutionellen EU-Ebene gibt, stellen nur einen geringen Teil der sprachlichen Vielfalt in der gesamten EU-27 dar. Den Großteil ihrer sprachlichen Vielfalt verdankt die EU ja einerseits den Hunderten von Immigrantensprachen (alleine schon in der Londoner Großstadt werden mehr als 300 Sprachen gesprochen; vgl. Salverda 2004: 131). Und andererseits färben auch die – insgesamt mehr als 60 (vgl. Europäische Kommission 2008: 7) – autochthonen Minderheitensprachen das europäische Sprachenmosaik. Mit Ausnahme von Malta findet sich wenigstens eine autochthone (d.h. ‚alteingesessene‘, ‚einheimische‘) Sprachminderheit in jedem der 27 EU-Mitgliedstaaten. Manche Sprachgemeinschaften sind der breiten Öffentlichkeit bekannt, so beispielsweise die Katalanen, die Basken, die Waliser und die Südtiroler. Die Mehrheit der infolge geschichtlicher Prozesse geographisch und sozial-politisch marginalisierten Sprachminderheiten führt jedoch eher eine Schattenexistenz. Dies ist z.B. der Fall für die ca. 50.000 Aromunen in Griechenland, die ca. 22.000 Ukrainer in Litauen, die ca. 15.000 Mirandesen in Portugal und die ca. 5.000 Italiener in Slowenien (die Schätzungen basieren auf Haarmann 2002 sowie auf die *Euromosaic*-Berichte, vgl. infra). Auch unter den vielen Immigrantensprachgemeinschaften gibt es bekannte und weniger bekannte. Werden beispielsweise die Türken in einem Atemzug mit Berlin genannt, dann ist dies schon weniger der Fall für die Griechen und Italiener, deren Anteil sich im Jahre 2010 auf etwa 9.300 (oder umgerechnet etwa 2% der ausländischen Berliner Bevölkerung) belief (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, www.statistik-berlin-brandenburg.de).

Die Lage der autochthonen (oder ‚alten‘) und allochthonen (oder: ‚neuen‘) Sprachminderheiten in der EU wird in zahlreichen Monographien und Sammelbänden dokumentiert. Eine umfassende Übersicht, besonders über die einheimischen Sprachminderheiten, bieten neben dem zweiten Band des Handbuches *Kontaktlinguistik* (vgl. Goebel/ Nelde/ Starý/ Wölck 1997) u.a. die aufeinander folgenden *Euromosaic*-Studien, die Forschungszentren in Brüssel, Barcelona, Bangor und Paris im Auftrag der Europäischen Kommission ausgeführt haben. Eine erste Studie wurde 1992 in Auftrag gegeben und beschäftigt sich mit der Lage von insgesamt 48 Minderheiten in den damaligen zwölf EU-Mitgliedstaaten (vgl. Nelde/ Strubell/ Williams 1996). Eine zweite, bisher unveröffentlichte Studie aus dem Jahre 1999 richtet den Blick auf Österreich, Finnland und Schweden (vgl. Nelde/ Strubell/ Williams 1999). Die dritte Studie beleuchtet die Lage der autochthonen Sprachminderheiten in den Ländern, die der EU am 1. Mai 2004 beigetreten sind (vgl. FFM 2004). Über die Lage allochthoner Minderheiten in (groß)städtischen europäischen Kontexten informieren u.a. Extra/ Gorter (2001 & 2009).

In letzter Zeit gibt es auch immer mehr Forscher, die den Versuch wagen, den Forschungsblick sowohl auf die ‚alten‘ als auch auf die ‚neuen‘ Minderheiten zu richten. Ein relevantes Beispiel in diesem Bereich ist das *Language Rich Europe*-Projekt (vgl. languagerichblog.eu für die ersten Ergebnisse). Ähnlich anderen laufenden und/oder

abgeschlossenen und in vielen Fällen mit EU-Geldern geförderten Projekten und Netzwerken (z.B. LINEE, DYLAN, MERCATOR, NPLD, ELDIA, RML2Future, Poliglotti4eu, ...) zeigt auch dieses Projekt, dass die europäische Sprachenvielfalt hoch auf der wissenschaftlichen und der europa-politischen Tagesordnung steht.

Trotz des unverkennbaren Bedarfs an einer inklusiven (d.h. sowohl die autochthonen als auch die allochthonen Sprachen und womöglich auch die Gebärdensprachen in Kauf nehmenden) Annäherung an die Problematik der sprachlichen Vielfalt in der EU ist dieser Übersichtsartikel hauptsächlich der Lage der autochthonen Sprachminderheiten in der EU gewidmet. Zuerst wird der Versuch gewagt, den Begriff ‚Sprachminderheit‘ annähernd zu definieren. Dann wird in groben Zügen auf die Herausforderungen, mit denen die Sprachminderheiten heutzutage konfrontiert werden, sowie auf die Art und Weise, wie Sprachpolitik und Sprachplanung aus einer theoretischen Sicht zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen könnten, eingegangen. In diesem Zusammenhang wird besonders das sprachplanerische Potential der *Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen* (1992) hervorgehoben.

SPRACHMINDERHEIT

Besonders in den 1970er und 1980er Jahren waren zahlreiche Sammelbände, Monographien usw. der interdisziplinären Suche nach einer Definition vom Begriff ‚Sprachminderheit‘ (im damaligen Diskurs auch: ‚ethnolinguistische Minderheit‘) gewidmet. Der Blick galt dabei hauptsächlich den ‚alteingesessenen‘ Sprachminderheiten. Mangels neuerer theoretischer Arbeiten über das Minderheitenkonzept nährt die wissenschaftliche Literatur aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch heute noch die theoretische Auseinandersetzung mit dem Konzept ‚Sprachminderheit‘. In der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur werden Abstammung, Autokategorisierung, Sprache und Kultur und soziale Organisationsform als Kriterien vorgebracht, die in sich variabel sind, je nach Fall ein unterschiedliches Gewicht aufweisen, und als Basiskriterien zu verstehen sind, die in einem gewissen Ausmaß vorhanden sein müssen, um eine Kollektivität als Sprachminderheit bezeichnen zu können. Um absolute Kriterien in dem Sinne, dass sie alle vier auf jedes Mitglied der jeweiligen Sprachminderheit zutreffen müssen, handelt es sich also nicht. Es ist eher so, dass auf wenigstens einige Mitglieder der gesamten Sprachminderheit alle Kriterien zutreffen, und dass jedes einzelne Mitglied durch wenigstens ein gemeinsames Kriterium der Minderheit verbunden ist (vgl. Allardt 1992: 51).

In der zeitgenössischen sprachsoziologischen, soziolinguistischen und kontaktlinguistischen Literatur scheint es einen Konsens darüber zu geben, dass es neben sprachlichen und kulturellen besonders mit (politischer) Macht und sozialem Status und Prestige verbundene Kriterien sind, die es erlauben, eine Sprachgemeinschaft als Sprachminderheit *vis-à-vis* einer sie umgebenden Mehrheit einzustufen (vgl. Rindler Schjerve 2006: 108). Zwischen den Status- und Machtunterschieden, die es zwischen der ‚Mehrheit‘ und der ‚Minderheit‘ in Sprachkontaktsituationen gibt, einerseits, und der Rolle der Mehrheitssprache gegenüber der Rolle der Minderheitensprache in solchen Sprachkontaktsituationen, andererseits, besteht ein Zusammenhang. Im ersten Kapitel von *Euromosaic I* weisen Nelde/ Strubell/ Williams (1996: 10-12) in überzeugender Weise darauf hin, dass sich die Status- und Machtunterschiede zwischen ‚Mehrheit‘ und ‚Minderheit‘ in das niedrigere Prestige, den niedrigeren Status und den geringeren Grad der Institutionalisierung und Legitimierung der Minderheitensprache widerspiegeln.

SPRACHWECHSEL

Die Kluft zwischen Mehrheit und Minderheit hinsichtlich Status, Prestige, Institutionalisierung und Legitimierung ihrer jeweiligen Sprachen sorgt dafür, dass die Minderheit einem ‚sozial-sprachlichen Druck‘ der Mehrheit ausgesetzt ist. Dieser Druck gibt Anlass zu Sprachwechselprozessen, die Haugen (1953: 370-371) wie folgt veranschaulicht: $A > Ab > AB > aB > B$, wobei ‚A/a‘ die Minderheitssprache und ‚b/B‘ die Mehrheitssprache ist. Haugens Schema wurde u.a. von Colin Baker und Sylvia Prys Jones in der *Encyclopedia of Bilingualism and Bilingual Education* (1998) aufgegriffen. Sie erklären es wie folgt:

“Speakers of language A come into contact with language B. Language B is spoken by a socially, economically and/or politically dominant group. Over time speakers of language A become bilingual in language B. Language B becomes the preferred means of communication for an increasing number of language functions. Gradually, younger speakers of language A lose fluency in their native language. Language B becomes the preferred language of the younger child-bearing generation and most of them speak it to their parents. Eventually, no children are raised to speak language A. By this time only a few adult native speakers of language A are left. As these grow older and die, so language A dies out.” (Baker/ Prys Jones 1998: 151)

In vielen Fällen gehorcht Sprachwechsel in großen Zügen jenem Muster, wobei die bedrohte Sprache zuerst in öffentlichen und formellen Kontexten (oder: Sprachgebrauchsdomänen) aufgegeben wird, auf private Sprachverwendungsbereiche (Familie, Nachbarschaft, ...) beschränkt wird und daraufhin ganz verschwindet (Gal 1996: 588). Es handelt sich dabei aber wohlgerne nicht um einen Prozess, der sich in einer linearen Weise innerhalb von einer, zwei oder drei Generationen vollzieht (vgl. Mackey 1980: 36 und auch Nelde 1982). Sprachwechselprozesse sind eher kapriziöse Prozesse, deren Ausmaß, Wesen und Richtung durch die sich in der jeweiligen Kontaktsituation manifestierende Dynamik der Sprachen, Sprecher(Gruppen) und Umgebungsfaktoren negativ oder auch positiv beeinflusst werden können (vgl. u.a. Nelde/Weber 2002, Darquennes/Nelde 2002). Oft treten ja ungeplante Mechanismen in Wirkung, die den Sprachwechsel – zeitweilig – entweder hemmen oder umkehren und dem Sprachwechselprozess so eine non-lineare statt einer linearen, automatisch auf Sprachtod abzielenden Charakteristik verleihen. So hat ein deutlicher Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Südwesten der belgischen Provinz West-Flandern nach der Jahrtausendwende wenn nicht spektakuläre dann doch positive Folgen für die Lage der niederländischen Varietäten im „flämischen“ Teil Frankreichs (Frans Vlaanderen), da französische Grenzarbeiter durch ihre Tätigkeit in Belgien den Wert der Muttersprache ihrer Großeltern neu entdecken. Generell ist es aber so, dass die meisten Sprachkontaktsituation in Europa weiterhin durch eine für die dominante Sprachgemeinschaft vorteilhafte Asymmetrie gekennzeichnet sind (vgl. dazu die *Euro mosaic*-Studien). Diese Asymmetrie versucht man im Bereich der Sprachminderheiten durch Spracherhalts- und/oder Sprachrevitalisierungsmaßnahmen zu kontern.

SPRACHERHALT UND SPRACHREVITALISIERUNG

Versucht man die eng miteinander verwandten Begriffe Spracherhalt und Sprachrevitalisierung zu verdeutlichen, dann könnte man Spracherhalt (‘language maintenance’) erklären als „the *continued use of a language by a particular group*” (King

2001: 3; Hervorhebung JD) oder die Situation, in der „a speech community *continues to use its traditional language in the face of a host of conditions that might foster a shift to another language*” (Hyltenstam/Stroud 1996: 567; Hervorhebung JD). So betrachtet, betont der Begriff Spracherhalt eher einen Status quo, was die Verwendung der Minderheitensprache betrifft. Spracherhalt wird jedoch auch benutzt für solche Situationen, in denen man versucht über den Status quo hinauszugehen. Dann wird die Grenze zum Begriff ‚Sprachrevitalisierung‘ (auch RLS genannt, Reversing Language Shift) eher dünn. RLS wird von Fishman (1991: 81-82) definiert als

„an attempt on the part of authorities that are recognized by the users and supporters of threatened languages, to adopt policies and to engage in efforts calculated to *reverse* the cumulative processes of attrition that would otherwise lead to their contextually weak language-in-culture becoming even weaker, while its competitor, a strong language-in-culture, becomes even stronger.”
(Hervorhebung JD).

Für King (2001: 23) ist Sprachrevitalisierung der Versuch, einer ‚heimgesuchten‘ Minderheitensprache mit neuen Sprachformen (‘linguistic forms’) und sozialen Funktionen zu versehen, und zwar mit dem Ziel, so zu einem vermehrten Gebrauch dieser Sprache oder einer Erhöhung ihrer Sprecherzahl beizutragen.

Je nach Kontext lassen sich Sprachrevitalisierung und wohl auch Spracherhalt als spezifische Formen und/oder als Ziele der Sprachpolitik und Sprachplanung im Bereich der Sprachminderheiten betrachten.

SPRACHPOLITIK UND SPRACHPLANUNG

Allgemeines

Nach einem halben Jahrhundert intensiver und systematischer Forschung fällt es Sprachwissenschaftlern immer noch schwer, die Begriffe ‚Sprachplanung‘ (‘language planning’) und ‚Sprachpolitik‘ (sowohl im Sinne von ‚language policy‘ als ‚language politics‘) zu definieren. Problematisch sind u.a. die Abgrenzung der Begriffe ‚language policy‘ und ‚language politics‘ sowie die Bestimmung der Hierarchie zwischen Sprachpolitik und Sprachplanung. Die Frage ist ja, ob Sprachpolitik Sprachplanung subsumiert, das Umgekehrte der Fall ist, oder es eher so ist, dass es sich um gleichrangige, sich in einer dynamischen Weise ergänzende Prozesse handelt.

In letzter Zeit wird in der Literatur besonders auf das dynamische Zusammenspiel zwischen Sprachplanung und Sprachpolitik hingewiesen. Oft werden die Begriffe nicht mehr getrennt, sondern zusammen behandelt. Es ist zunehmend die Rede von LPP: Language Policy and Planning (vgl. Hornberger 2006). Diese vereinheitlichende und die Dynamik sprachpolitischer und sprachplanerischer Prozesse hervorhebende Tendenz steht einem Versuch, die Begriffe Sprachplanung und Sprachpolitik annähernd (und zwar hauptsächlich aufgrund vorhandener englischsprachiger Literatur) zu definieren, jedoch nicht im Wege.

So könnte man **Sprachplanung** in Anlehnung an Haugen (1972a & 1987), Kloss (1969) und besonders auch Cooper (1989: 45) definieren als der Versuch, (1) das Korpus, (2) den

Status, und (3) den Erwerb einer Sprache durch konkrete Maßnahmen zu beeinflussen. Im Falle von Korpusplanung geht es darum, „Lexikon, Grammatik und Orthographie einer gegebenen Sprache zu standardisieren, zu erweitern oder in irgendeiner anderen Weise zu beeinflussen“ (Coulmas 1985: 80; vgl. auch Baldauf/ Kaplan 1997: 38 und Baker/ Prys Jones 1998: 204). Statusplanung beabsichtigt, „den Status, den eine Sprache oder Varietät in einer Gesellschaft hat, zu verändern“, besonders indem man versucht, die funktionale Verwendung der Sprache anzukurbeln, ohne daß man dabei direkt auf die Zunahme der Sprachbenutzer hinzielt (Coulmas 1985: 80; vgl. auch Baldauf/ Kaplan 1997: 30 und Baker/ Prys Jones 1998: 204). Die Zunahme der Sprachbenutzer ist das Ziel der Spracherwerbsplanung (Cooper 1989: 33, Baker/Prys Jones 1998: 204 und Strubell 1999: 238). Wenn Sprachplanung als eine Aktivität verstanden wird, die sich zum Ziel setzt, anhand von konkreten Maßnahmen „systematic linguistic change in some community of speakers“ (Baldauf/ Kaplan 1997: xi) zu fördern, dann kann es sich um eine Aktivität handeln, die darauf ausgerichtet ist, eine bereits existierende Sprachpolitik (im Sinne von ‚language policy‘) zu implementieren. Es ist aber auch möglich, dass Sprachplanungsaktivitäten – von sprachpolitischen Diskussionen (‘language politics’) begleitet oder nicht – einer ausformulierten Sprachpolitik (‘language policy’) vorausgehen bzw. dazu beitragen, eine bereits existierende Sprachpolitik zu überarbeiten.

Lässt man sich von Kaplan/ Baldauf (1997: xi) und Ricento (2000: 23) inspirieren, dann könnte man **Sprachpolitik (‘language policy’)** definieren als die Gesamtheit von mündlichen und/oder schriftlichen (in)formellen ‚Texten‘, die auf die (Änderung der) Sprachendynamik in (einem Teil bzw. Teilgebiet) der Gesellschaft hinzielen. Wie oben erwähnt, kann eine Sprachpolitik von bereits implementierten Sprachplanungsmaßnahmen beeinflusst werden und/oder selbst zur Aus- bzw. Überarbeitung von Sprachplanungsmaßnahmen führen. Kennzeichnend für eine voll und ganz ausgeklügelte Sprachpolitik ist, dass anhand von strategischen Dokumenten auf die konkrete Umsetzung sprachpolitischer Ziele antizipiert wird. In Wales, z.B., sorgte die walisische Sprachplanungsbehörde dafür, dass die im Text ‚The Welsh Language: A Vision and Mission for 2000-2005‘ enthaltene Sprachpolitik von sogenannten ‚languages schemes‘ begleitet wurde. Ein ‚language scheme‘ ist in der Auffassung der walisischen Sprachplanungsbehörden ein strategischer Plan (oder: ein Aktionsplan), man könnte auch sagen ein Drehbuch für die konkrete Implementierung / Umsetzung der Sprachpolitik (vgl. Williams 2000).

Mit **Sprachpolitik (‘language politics’)** ist der ‚politische Prozess‘ gemeint, der der Formulierung konkreter sprachpolitischer Ziele (‘language policy goals’) vorangeht und/oder ‚diskursiv‘ begleitet (vgl. Kymlicka/ Grin 2003: 17). Im Sinne von Labrie (1999: 205), der sich auf Eloy (1997) stützt, handelt es sich hier um den Ausdruck von Machtverhältnissen bei der Ausübung von sozialer Kontrolle hinsichtlich der Sprachvariation bzw. der Sprachenvielfalt in einer Gesellschaft. Über die Akteure, die sich an sprachpolitischen Prozessen beteiligen, schreibt Labrie (1999: 205-206), dass es sich um mehr oder weniger organisierte Akteure (Vereine, Interessengruppen, politische Parteien, ...) handelt, die gewisse Mittel zur Verfügung haben, die es ihnen erlauben, sprachpolitische (d.h. ‚language policy‘) Initiativen zu ergreifen oder auf bestehende sprachpolitische Initiativen zu reagieren (vgl. auch De Winter et al. 2006). Die Sprachpolitik (‘language politics’) trägt also unverkennbar zur Dynamik der Sprachpolitik (‘language policy’) bei¹.

¹ Im deutschen Sprachraum wird gelegentlich ein Unterschied zwischen einer auf eine einzelne Sprache gerichtete ‚Sprachpolitik‘ und einer auf mehrere Sprachen gerichtete ‚Sprachenpolitik‘ gemacht. Der Begriff

Die europäische Dimension

Der entscheidende Wert sprachpolitischer und sprachplanerischer Maßnahmen für das Überleben von Sprachminderheiten trat in Europa vor allem seit der „ethnischen Renaissance“ der sechziger Jahre (cf. Héraud 1987) in den Vordergrund: Zuerst auf nationalstaatlicher Ebene (wobei Sprachminderheiten vor allem in Föderalstaaten Gehör und Unterstützung fanden) und seit den achtziger Jahren zunehmend auch auf staatenübergreifender europäischer Ebene. So hat sich die EU – vor allem mit den Verträgen von Maastricht (1992) und Amsterdam (1995) – offen für kulturelle (und implizit auch sprachliche) Vielfalt ausgesprochen. Die Kommission des Portugiesen Barroso richtete im Jahre 2004 eine vom slowakischen Kommissar Ján Figel geleitete Generaldirektion für ‚Mehrsprachigkeit, Bildung und Kultur‘ ein, deren Aufgabe es war, Aspekte der sprachlichen und kulturellen Vielfalt (inklusive der Minderheitensprachen) zu bewältigen. Im Jahre 2007 wurde Mehrsprachigkeit unter der Obhut des rumänischen Kommissars Leonard Orban zu einem selbstständigen Politikbereich. Und seit 2010 gehört Mehrsprachigkeit zur Portfolio der Kommissarin Androula Vassiliou.

Die Europäische Kommission selbst hat in den letzten Jahren eine Menge Dokumente zur Mehrsprachigkeit veröffentlicht. Besonders die offiziellen Kommunikationen *Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit* (2005) und *Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung* (2008) bieten einem eine gute Synthese der Hauptlinien der Sprachpolitik („language policy“) besonders der Europäischen Kommission. Diese Sprachpolitik ist hauptsächlich auf die Erhöhung der individuellen Mehrsprachigkeit der EU-Bürger ausgerichtet. Die gesellschaftliche Dimension der Mehrsprachigkeit wird zwar nicht ganz vernachlässigt, jedoch – infolge des Subsidiaritätsprinzips – weniger beachtet (vgl. Darquennes 2011). Sie kommt besonders dann zum Ausdruck, wenn auf die *Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen* (weiter: ‚Charta‘) hingewiesen wird - ein Instrument des Europarats, das 1992 veröffentlicht wurde, 1998 in Kraft trat und oft in einem Atemzug mit dem *Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* (1995) genannt wird. Die *Charta* ist bis jetzt das einzige Dokument, das ausschließlich den einheimischen Minderheitensprachen gewidmet ist und verdient es aus dieser Sicht, hier ausführlicher berücksichtigt zu werden.

Die Charta: Inhalt

Neben einer Präambel besteht die Charta aus fünf weiteren Teilen, nämlich aus allgemeinen Bestimmungen (Teil I), Zielen und Grundsätzen (Teil II), Maßnahmen zur Förderung des Gebrauchs von Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben (Teil III), einem Teil bzgl. der Anwendung der Charta (Teil IV), und Schlussbestimmungen (Teil V).

Die Vertragsparteien, die die Charta ratifizieren, verpflichten sich dazu, alle Regional- und Minderheitensprachen in ihrem Hoheitsgebiet zu respektieren und ihre Politik, Gesetzgebung und Praxis auf die Erhaltung, die Entwicklung und die Förderungen dieser Sprachen auszurichten (Art. 7). Regional- oder Minderheitensprachen werden definiert als Sprachen, die (i) herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines

‚Sprachpolitik‘, sowie er hier definiert wurde, richtet sich (gemäß den englischen Begriffen ‚language policy/politics‘ und den niederländischen Begriffen ‚taalbeleid/politiek‘ auf eine und/oder mehrere Sprachen).

Staates von Angehörigen dieses Staates gebraucht werden, die eine Gruppe bilden, deren Zahl kleiner ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates, und (ii) als Sprachen, die sich von der/n Amtssprache/n dieses Staates unterscheiden (Art. 1). Laut der englischen Fassung vom erläuternden Bericht, der die Charta begleitet, sind mit regionalen Sprachen solche Sprachen gemeint, die (von einer Mehrheit oder einer Minderheit der Bevölkerung) in einem beschränkten Teil des geographischen Gebiets eines Staates gesprochen werden. Mit Minderheitensprachen sind solche Sprachen gemeint, die entweder von einer Gruppe von Personen gesprochen werden, die nicht in einem bestimmten geographischen Gebiet angesiedelt ist (es handelt sich hier um nicht territorial gebundene Sprachen), oder von einer Gruppe von Personen gesprochen werden, die zwar in einem bestimmten geographischen Gebiet angesiedelt ist, jedoch kleiner ist als der Teil der Bevölkerung, der die Mehrheitssprache des Staates spricht. Eine Liste von Sprachen, die dem Konzept/Begriff der Regional- oder Minderheitensprache entsprechen, enthält die Charta nicht. Art. 1a kann man jedoch entnehmen, dass sich die Charta weder auf Dialekte der Amtssprache(n) des Staates noch auf die Sprachen von Zuwanderern bezieht.

Insofern es um die Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben geht, listet die Charta insgesamt über 100 Maßnahmen auf, die sich auf die folgenden Bereiche verteilen: Bildung (Art. 8), Justizbehörden (Art. 9), Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe (Art. 10), Medien (Art. 11), kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen (Art. 12), wirtschaftliches und soziales Leben (Art. 13) und Kulturaustausch (Art. 14). Jede Vertragspartei, die die Charta ratifiziert, verpflichtet sich dazu, mindestens fünfunddreißig aus Teil III ausgewählte Maßnahmen zu implementieren. Um sicherzustellen, dass jede Vertragspartei Maßnahmen aus allen in den Artikeln 8 bis 13 enthaltenen Bereichen wählt, müssen mindestens je drei Maßnahmen aus den Artikeln 8 und 12 und je eine aus den Artikeln 9, 10, 11 und 13 ausgewählt werden. Da wo sich aber Teil II der Charta auf alle Sprachen auf dem Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei bezieht, entscheiden die Vertragsparteien selbst auf welche Sprachen sich die Maßnahmen in Teil III genau beziehen. Das impliziert, dass die Vertragsparteien die Wahl haben, Teil III zuerst auf eine eher beschränkte Zahl von Sprachen anzuwenden und diese Zahl später zu erhöhen. Staaten hätten sogar die Möglichkeit, am Anfang keine einzelne Sprache auszuwählen, auf die sich der dritte Teil bezieht.

Innerhalb des ersten Jahres, das auf das Inkrafttreten der Charta folgt, legen die Vertragsparteien dem Generalsekretär des Europarats in einer vom Ministerkomitee zu bestimmenden Form einen ersten Bericht über ihre in Übereinstimmung mit Teil II dieser Charta verfolgte Politik und über die in Anwendung der von ihnen angenommenen Bestimmungen des Teiles III getroffenen Maßnahmen vor. Die weiteren Berichte werden in Abständen von drei Jahren nach Vorlage des ersten Berichts eingereicht. Die Berichte werden von einem Sachverständigenausschuss geprüft. Dieser Ausschuss arbeitet einen Bericht für das Ministerkomitee aus. Diesem Bericht werden die Stellungnahmen, um welche die Vertragsparteien ersucht wurden, beigelegt; er kann vom Ministerkomitee veröffentlicht werden. Das Ministerkomitee selbst übergibt seine Empfehlungen den Mitgliedstaaten (vgl. www.coe.int für mehr Einzelheiten über und Beispiele im Zusammenhang mit dem ganzen Betreuungsprozess).

Zur Zeit ist es so, dass 25 der 47 Mitgliedstaaten des Europarats die Charta ratifiziert haben. 8 haben die Charta unterschrieben. Von den 27 EU-Mitgliedstaaten haben 16 die Charta ratifiziert, 3 haben sie nur unterschrieben (Frankreich, Italien und Malta) und 8

haben sie – aus unterschiedlichen Gründen – nicht unterschrieben. Das ist der Fall für Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen und Portugal.

Die Charta als sprachpolitisches und sprachplanerisches Instrument

Sowohl die Charta als auch der erläuternde Bericht tragen im Großen und Ganzen der Sprachplanungstheorie am Anfang der 1990er Jahre Rechnung. So wird im dritten Teil der Charta ein Maßnahmenkatalog präsentiert, der die unter 5.1. erwähnten drei üblichen Sprachplanungsdimensionen berücksichtigt, nämlich: die Korpus-, die Status- und die Spracherwerbsdimension.

1. Die Korpusdimension, die sich im Wesentlichen auf die Standardisierung, die Normierung und/oder die Erweiterung des Lexikons, der Grammatik und der Orthografie einer Sprache bezieht, wird in der Charta berücksichtigt, indem in den Artikeln 9 und 12 der Wert von Übersetzungs- und terminologischer Arbeit im Hinblick auf (i) die Benutzung der Sprache im Gerichtswesen und in den Medien, und (ii) den Erhalt und die weitere Entwicklung / Modernisierung der verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen, sozialen, technischen und juristischen Terminologie hervorgehoben wird.
2. Die Statusdimension, die sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung vom Status sowie auf die funktionale Verbreitung einer Sprache innerhalb der Gesellschaft bezieht, wird in der Charta berücksichtigt, indem sie das Angebot und den Gebrauch von Minderheitensprachen besonders im Gerichtswesen (Art. 9), in den Behörden (Art. 10), in den Medien (Art. 11), im kulturellen Bereich (Art. 12), im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (Art. 13) und im Bereich des Kulturaustausches (Art. 14) fördert.
3. Die Charta berücksichtigt auch die Spracherwerbsdimension, die sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung der Zahl der Sprecher einer bestimmten Sprache bezieht, indem Art. 8 eine Liste von Maßnahmen enthält, die im Hinblick auf eine Erhöhung der Minderheitensprachensprecherzahl auf das Angebot der Minderheitensprache vom Kindergarten bis zum Erwachsenenunterricht hinzielen.

Nicht nur die Berücksichtigung der drei oben erwähnten Dimensionen sorgt dafür, dass die Charta mit dem Stand der Sprachplanungstheorie am Ende der achtziger bzw. am Anfang der neunziger Jahre im Einklang ist. Dadurch, dass die Auswahl von Spracherhaltungsmaßnahmen nicht ‚von oben‘ aufgezwungen, sondern es den Vertragsparteien überlassen wird, welche Maßnahmen sie im Kontext der von ihnen ausgewählten Sprachminderheiten implementieren möchten, erkennt die Charta die Notwendigkeit der Entwicklung maßgeschneiderter Maßnahmen an (vgl. Haugen 1972b, Fishman 1991). Indem die Vertragsparteien dazu verpflichtet sind, Maßnahmen aus den Artikeln 8–14 auszuwählen, wird auch der Erkenntnis Rechnung getragen, dass Sprachplanung dann am erfolgreichsten ist, wenn sie auf die Ausarbeitung von komplementären, sich gegenseitig verstärkenden Maßnahmen ausgerichtet ist (vgl. Bereznak/ Campbell 1996, Williams 2008). Und dadurch, dass die Ratifizierung der Charta automatisch auch zu einer Evaluierung der implementierten Maßnahmen Anlass gibt, berücksichtigt sie die Notwendigkeit zur kritischen Evaluierung sprachplanerischer Aktivitäten sowie sie in der Literatur immer wieder hervorgehoben wird (vgl. Rubin 1983, Kaplan/ Baldauf 1997).

Obwohl das Gerüst der Charta weitgehend der Sprachplanungstheorie am Ende der achtziger bzw. Anfang der neunziger Jahre entspricht, weist sie jedoch auch ein paar Defizite auf:

- Obwohl Art. 1a der Charta und Punkt 32 des erläuternden Berichts hervorheben, dass die Charta nicht irgendwelche Dialekte oder ‚lokale Abwandlungen‘ einer Sprache betrifft, wird unter Punkt 32 des erläuternden Berichts auch darauf hingewiesen, dass sich die Charta nicht zu der oft strittigen Frage äußert, ab wann es sich im Falle von Sprachvarietäten um unterschiedliche Sprachen handelt. Deshalb wundert es kaum, dass das Lobbying von Interessengruppen dafür sorgt, dass gewisse Sprachvarietäten, die man aus sprachwissenschaftlicher Sicht vielleicht eher als lokale Varietäten bzw. Dialekte einer Standardsprache einstufen würde, offiziell als eigenständige regionale oder Minderheitensprachen anerkannt werden (cf. Hagen 2002, vgl. auch Kronsteiner 2000 und Goebel 2002). Auf der anderen Seite führt die Tatsache, dass man es den Vertragsparteien überlässt, Sprachvarietäten ohne eine ausführliche und sprachwissenschaftlich untermauerte Erklärung als ‚Sprachen‘ bzw. als ‚Dialekte‘ einzustufen, dazu, dass diese Vertragsparteien die Möglichkeit haben, die Eigenständigkeit gewisser regionaler oder Minderheitensprachen zu verkennen.
- Mit dem Juristen Rainer Hofmann (1999) muss man feststellen, dass die Mechanismen der Charta im Hinblick auf ihren Einfluss auf die jeweilige nationale Gesetzgebung bisher eher harmlos sind. Wenn sie sich überhaupt für eine Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta entscheiden, behalten die Staaten immer noch einen großen Freiraum bei der Auswahl jener Sprachminderheiten, auf die sich Teil III der Charta bezieht (vgl. auch den vorigen Punkt), und wohl auch bei der Bestimmung solcher entscheidenden Konzepte wie ‚Sprachminderheit‘.
- Weiterhin stellt man auch fest, dass besonders die Sprachminderheiten, die nicht über ähnliche Ressourcen wie die schlagkräftigen Waliser, die Südtiroler, die Katalanen in Katalonien und die autonomen Basken verfügen, es schwer haben, das sprachplanerische Potenzial der Charta einzulösen, und dies mal abgesehen davon, ob der Staat, zu dem die Minderheiten gehören, die Charta ratifiziert hat oder nicht.

Mit dem letzten Punkt lässt sich die im Minderheitenumfeld schon viel geäußerte Bitte verbinden, dass die Charta eines ergänzenden Katalogs bzw. Leitfadens zur Entwicklung und Implementierung von Sprachplanungsmaßnahmen bedarf (vgl. CoE 2001 und CoE 2008). In Ermangelung eines solchen Katalogs bzw. Leitfadens sei im letzten Teil dieses Beitrags kurz auf ein paar allgemeine aus der wissenschaftlichen Literatur hervorgehende Erkenntnisse hingewiesen, die es bei der Ausarbeitung sprachpolitischer und sprachplanerischer Initiativen zu berücksichtigen gilt.

AUSBLICK: HERAUSFORDERUNGEN

Im Allgemeinen versuchen die Sprachminderheiten in der EU einerseits die – in vielen Fällen im Kontext der Familie ins Stocken geratene – intergenerationelle Weitergabe der Minderheitssprache durch ihre Verwendung als Unterrichts- oder ‚Fremdsprache‘ im Unterricht zu sichern. Andererseits versuchen sie durch eine Förderung der funktionalen Verwendung der Minderheitssprache den Status dieser Sprache zu erhöhen. Die Versuche, den Status der Minderheitssprache zu erhöhen, sind oft verbunden mit dem Versuch, die Verwendung der Minderheitssprache in unterschiedlichen gesellschaftlichen Domänen anhand von Gesetzen zu sichern und dies sowohl auf der regionalen als auch auf der staatlichen und europäischen Ebene. Wissenschaftler warnen dabei aber vor einem allzu zügellosen Glauben am positiven Einfluss der Gesetzgebung *an sich* sowie des Unterrichts in der Minderheitssprache *an sich* auf den Erhalt oder die Revitalisierung einer Minderheitssprache. Sie betonen die Notwendigkeit, ein Gesamtpaket an Maßnahmen zu entwickeln (vgl. auch 5.3). Die besten Aussichten auf Spracherhalt oder zur Sprachrevitalisierung bietet die Ausarbeitung eines umfassenden, multidisziplinär ausgerichteten und möglichst viele in der sozialen Wirklichkeit verankerte Faktoren berücksichtigenden Gesamtkonzepts, das dem Zusammenhang von (1) Sprachkompetenz, (2) Sprachverwendung, (3) der Anwesenheit von und dem Bedarf an Produkten und Dienstleistungen einer bzw. über eine Sprache, und (4) der Motivation, eine Sprache zu lernen und zu verwenden Rechnung trägt (vgl. u.a. Strubell 1999 sowie Grin et al. 2002²).

Wenn, z.B., der Unterricht in der Minderheitssprache im Autonomen Baskenland sowie in Katalonien vom Anfang an einen positiven Beitrag zum Spracherhalt und zur Sprachrevitalisierung geliefert hat bzw. immer noch liefert, dann hängt dies damit zusammen, dass die im Bereich des Unterrichtswesens entwickelten (pädagogischen) Maßnahmen und Strategien gut überdacht worden sind. So hat man sich ausführlich Gedanken gemacht über den Anteil der Minderheitssprache im gesamten Curriculum und die Kontinuität des Unterrichts in der Minderheitssprache auf allen Schulebenen sowie über die Ziele, die man mit dem Unterricht der Minderheitssprache verwirklichen, die Methoden, die man zur Vermittlung der Minderheitssprache einsetzen, und die Art und Weise wie man die (zukünftigen) Lehrer auf ihre Aufgaben vorbereiten möchte. Und zweitens sind die im Bereich des Unterrichtswesens entwickelten Maßnahmen und Strategien in konzertierter Weise mit anderen (über das Unterrichtswesen hinausgehenden) Maßnahmen und Strategien verbunden worden. Der belgische Sprachwissenschaftler und Bildungsexperte Hugo Baetens Beardsmore (1996: 469-470) schreibt dazu Folgendes:

„L’existence d’un choix de modèles et la popularité croissante de l’éducation bilingue en Catalogne et aux Pays Basques témoignent du lien étroit entre l’effort des écoles et la perception qu’a le grand public de l’utilité d’une alternative bilingue dans des contextes où la langue minoritaire jouit d’un prestige dû à un context socio-politique favorable.

Ce qui est frappant dans les deux régions citées c’est la concertation des efforts dans le développement des programmes bilingues. A l’encontre de ce qui se passe ailleurs, où l’école seule supporte le poids du développement du bilinguisme (comme au Canada), les régions autonomes espagnoles se sont occupées de la formation spécifique des enseignants destinés aux programmes bilingues, du

² Im SMiLE-Bericht (Grin et al. 2002) ist die Rede von ‚capacity‘, ‚opportunity‘ und ‚desire‘.

recyclage des enseignants, de la production de matériaux pédagogiques, de supports audiovisuels, de logiciels, etc., le tout faisant corps avec la volonté politique de donner une place plus importante aux langues régionales dans la vie extra-scolaire”.

Dass man sowohl im Autonomen Baskenland als auch in Katalonien ein Gesamtpaket an Massnahmen hat ausarbeiten und verwirklichen können, geht größtenteils auf die im Zuge der Dezentralisierung des spanischen Staates ausgehandelte weitgehende Autonomie der beiden Regionen zurück.

Wie es bereits O’Murchú (1987) in ihrer vergleichenden Studie zur Lage des Minderheitensprachenunterrichts in einigen europäischen Kindergärten feststellte, scheint es einen unverkennbaren Zusammenhang zwischen dem Autonomiegrad einer Sprachminderheit und den Erfolgchancen zur Förderung einer Minderheitssprache in- und auch außerhalb des Unterrichts zu geben. Eine ähnliche Sichtweise vertreten Weber/Nelde (2004). Aus ihrer kritischen Analyse einiger regionaler PISA-Ergebnisse lässt sich schlussfolgern, dass vor allem jene Regionen im Schulleistungsvergleich gut abschneiden, denen es infolge staatlicher Deregulierungsprozesse gelungen ist, das Unterrichtswesen nach eigenen Einsichten zu reformieren und es in eine regional verankerte aber sowohl lokal wie auch global operierende Wirtschaft einzubetten (neben Katalonien erwähnen die Autoren u.a. Süd-Tirol und Wales). Die Verknüpfung mit der Wirtschaft geht aus der in den meistens autonomen Regionen als selbstverständlich wahrgenommenen Notwendigkeit zur Gestaltung des oben erwähnten Gesamtkonzepts hervor (vgl. u.a. Baker/ Prys Jones 2000: 120 sowie Williams 2007)

Nun ist es aber nicht so, dass die Erfolge bezüglich des Erhalts und der Revitalisierung der Minderheitensprachen in starken Regionen wie Katalonien, dem Autonomen Baskenland und Wales nur auf stark koordinierte und von oben dirigierte Maßnahmen zurückzuführen sind. Was ebenso eine Rolle spielt, ist die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, diese Maßnahmen aktiv zu unterstützen und sie um spontane Spracherhalts- bzw. Sprachrevitalisierungsaktivitäten zu ergänzen. Initiativen, die von der Bevölkerung entwickelt und getragen werden, sind für das Überleben von Minderheitensprachgemeinschaften von unschätzbarem Wert. Sie legen oft den Grundstein für die stufenweise Entwicklung eines Gesamtpakets an koordinierten Spracherhalts- bzw. Sprachrevitalisierungsmaßnahmen.

BIBLIOGRAPHIE

- Allardt, Erik (1992): Qu'est-ce qu'une minorité linguistique?. In: Giordan, Henri (ed.): *Les minorités en Europe. Droits linguistiques et droits de l'homme*. Paris: Editions Kimé, 45-54.
- Baetens-Beardsmore, Hugo (1996): Education plurilingue en Europe . In : Goebel et al. (eds.), 465-473.
- Baker, Colin/ Prys Jones, Sylvia (1998): *Encyclopedia of bilingualism and bilingual education*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Bereznak, Catherine/ Campbell, Lyle (1996): Defense strategies for endangered languages. In: Goebel et al. (eds.), 659-666.
- Cooper, Robert L. (1989): *Language planning and social change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Coulmas, Florian (1985): *Sprache und Staat. Studien zu Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin: de Gruyter (Sammlung Götschen).
- Council of Europe (ed.) (2001): *From Theory to Practice – The European Charter for Regional or Minority Languages*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Council of Europe (ed.) (2008): *The European Charter for Regional or Minority Languages: Legal Challenges and Opportunities*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Darquennes, Jeroen (2011): The contribution of academia to the further development of European language policy. Some reflections based on an analysis of the European Commission's communications on multilingualism of 2005 and 2008. In: *European Journal of Language Policy*, 3, 2, 141-162.
- Darquennes, Jeroen/ Nelde, Peter H. (2002): Ökolinquistik und Minderheitsforschung – Überlegungen zu einem ökolinquistischen Forschungsansatz. In: Fill, Alwin et al. (Eds.): *Colourful Green Ideas*. Bern: Peter Lang, 121-140
- De Winter, Lieven et al. (eds.) (2006): *Autonomist parties in Europe: Identity politics and the revival of the territorial cleavage*. Barcelona: Institut de Ciències Polítiques i Socials.
- Eloy, Jean-Michel (1997): Aménagement ou politique linguistique? In: *Mots* 52, 7-22.
- Europäische Kommission (2008): *Viele Sprachen für ein Europa. Sprachen in der Europäischen Union*. Brüssel: Europäische Kommission.
- Extra, Guus/ Gorter, Durk (eds.) (2001): *The Other Languages of Europe*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Extra, Guus/ Gorter, Durk (2009): Regional and immigrant minority languages in Europe. In: Hellinger, Marlis/ Pauwels, Anne (eds.): *Handbook of Language and Communication: Diversity and Change*. Berlin: de Gruyter, 15-52.
- Fishman, J.A. (1991): *Reversing Language Shift. Theoretical and Empirical Foundations of Assistance to Threatened Languages*. Clevedon: Multilingual Matters.

- Gal, Susan (1996): Language Shift. In: Goebel et al. (eds.), 586-593.
- Goebel, Hans (2002): Sprachpolitik: Auch für und mit Geister- bzw. Traumsprachen. In: Nelde, Peter H. (ed.): *Sprachpolitik und kleine Sprachen* (Sociolinguistica 16). Tübingen: Niemeyer, 49-63.
- Goebel, Hans/ Nelde, Peter Hans/ Stary, Zdenek/ Wölck, Wolfgang (eds.) (1996): *Kontaktlinguistik. Bd. I.* Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Goebel, Hans/ Nelde, Peter Hans/ Stary, Zdenek/ Wölck, Wolfgang (eds.) (1997): *Kontaktlinguistik. Bd. II.* Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Grin, François et al. (2002): *Support for Minority Languages in Europe*. Brussels: European Commission.
- Haarmann, Harald (2002): *Kleines Lexikon der Sprachen. Von Albanisch bis Zulu*. München: C.H. Beck.
- Hagen, Anton M. (2002): Dialect en onderwijs: beleid en beleving. In: De Caluwé, Johan (ed.): *Taalvariatie & Taalbeleid. Bijdragen aan het taalbeleid in Nederland en Vlaanderen*. Leuven: Garant, 119-129.
- Haugen, Einar (1953): *The Norwegian Language in America: A Study in Bilingual Behavior*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Haugen, E. (1972a): Language Planning, Theory and Practice. In: Dil, Anwar S. (ed.): *The Ecology of Language*. Stanford, CA: Stanford University Press, 284-298
- Haugen, Einar (1972b): The ecology of language. In: Dil, Anwar S. (ed.): *The ecology of language*. Stanford, CA: Stanford University Press, 325-339.
- Haugen, Einar (1987): Language Planning. In: Ammon, Ulrich et al. (eds.): *Sociolinguistics. Vol. 1* Berlin/New York: Walter de Gruyter, 626-637
- Héraud, Guy (1989): Renaissances ethniques. In: Ammon, Ulrich/ Mattheier, Klaus J./ Nelde, Peter H. (eds.): *Brennpunkte der Soziolinguistik (Sociolinguistica 1)*, 30-45.
- Hofmann, Rainer (1999): Der Schutz von Minderheiten in Europa. In: Weidenfeld, Werner (ed.): *Europa-Handbuch*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 823-846.
- Hornberger, Nancy H. (2006): Frameworks and Models in Language Policy and Planning. In: Ricento, Thomas (ed.): *Language Policy. Theory and Method*. Oxford: Blackwell, 24-41.
- Hyltenstam, Kenneth/ Stroud, Christopher (1996): Language maintenance. In: Goebel et al. (eds.), 567-578.
- Kaplan, Robert/ Baldauf, Richard B. Jr. (1997): *Language Planning. From Practice to Theory*. Clevedon: Multilingual Matters.
- King, Kendall A. (2001): *Language Revitalization Processes and Prospects. Quichua in the Ecuadorian Andes*. Clevedon: Multilingual Matters.

- Kloss, Heinz (1969): *Research Possibilities on Group Bilingualism. A Report*. Publication B-18. Québec: Centre International de Recherches sur le Bilinguisme (CIRB). Université Laval.
- Kronsteiner, Otto (2000): Sind Burgenländischkroatisch, Kaschubisch, Niedersorbisch und Rusinisch eigene Sprachen? In: Panzer, Baldur (ed.): *Die sprachliche Situation in der Slavia zehn Jahre nach der Wende*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 305-311.
- Kymlicka, Will/ Grin, François (2003): Assessing the politics of diversity in transition countries. In: Daftary, Farimah/ Grin, François (eds.): *Nation-Building, Ethnicity and Language Politics in Transition Countries*. Budapest: Open Society Institute, 1-27.
- Labrie, Normand (1999): Vers und nouvelle conception de la politique linguistique. In: Weber, Peter J. (ed.): *Contact + Confli(c)t. Language planning and minorities*. Bonn: Dümmler, 201-222.
- Mackey, William F. (1980): The ecology of language shift. In: Nelde, Peter H. (Ed.): *Sprachkontakt und Sprachkonflikt*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 35-41.
- Nelde, Peter Hans (1982): Sprachökologische Überlegungen am Beispiel Altbelgiens. In : *Germanistische Mitteilungen* 15, 81-92.
- Nelde, Peter Hans/ Strubell, Miquel/ Williams, Glyn (1996): *Euromosaic. The Production and Reproduction of Minority Speech Communities in the EU*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Nelde, Peter Hans/ Strubell, Miquel/ Williams, Glyn (1999): *Euromosaic II*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Nelde, Peter Hans/ Weber, Peter J. (2002): The Non-Linearity of Language Maintenance and Language Shift. In: Wei, Li et al. (eds.): *Opportunities and Challenges of Bilingualism*. Berlin/New York: Mouton de Gruyter, 105-124.
- O'Murchu, Helen (1987): *Pre-primary education in some lesser used languages*. Dublin: European Bureau for Lesser Used Languages.
- Ricento, Thomas (2000): Perspectives in language policy and planning. In: Ricento, Thomas (ed.): *Ideology, Politics and Language Policies*. Amsterdam: Benjamins, 9-24.
- Rubin, Joan (1983): Evaluating status planning: what has the past decade accomplished? In: Fishman, Joshua A. (ed.): *Progress in Language Planning*. Berlin: Mouton, 329-343.
- Salverda, Reinier (2004): Conflict linguistics and the case of multilingualism in London. In: Bochmann, Klaus/ Nelde, Peter H./ Wölck, Wolfgang (eds.): *Methodology of conflict linguistics* (Plurilingua XXIV). St. Augustin: Asgard, 129-143.
- Strubell, Miquel (1999): From language planning to language policies and language politics. In: Weber, Peter J. (ed.): *Contact + Confli(c)t. Language planning and minorities*. Bonn: Dümmler, 237-248.
- Weber, P.J./Nelde, P.H. (2004). Europäische Schulen auf dem Prüfstand – PISA und die regionale Mehrsprachigkeit. In: *Europa Ethnica* 1, 12-22.

Williams, Colin H. (ed.) (2000): *Language Revitalization. Policy and Planning in Wales*. Cardiff: University of Wales Press.

Williams, Colin H. (2007): Marketing Welsh in an ambivalent context. In: *Noves SL. Revista de Sociolingüística*. Winter 2007. www.gencat.cat/llengua/noves [Stand vom 18. März 2012] Williams, Colin H. (2008): *Linguistic minorities in democratic context*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

KLEINES KOMPENDIUM -

sprachminderheitenrelevanter Begriffe

Jeroen Darquennes, Pluri-LL-Group de Recherche sur le
Plurilinguisme, Université Namur



Kleines Kompendium -

sprachminderheitenrelevanter Begriffe

VORBEMERKUNG

Dieses Kompendium enthält ein paar Begriffe, die in der sprachwissenschaftlichen Literatur zum Thema, autochthone europäische Sprachminderheiten oft benutzt werden. In diesem Kompendium wird der Versuch gewagt, die ausgewählten Begriffe in einer allgemein verständlichen Sprache annähernd zu erläutern. Die Erläuterungen beruhen auf einer Zusammenfassung, einer Paraphrasierung und/oder auf einer mit eigenen Forschungseinsichten kombinierten Interpretation der vorhandenen Literatur. Am Ende von jedem ‚Eintrag‘ werden die Quellen aufgelistet, die als Hintergrund für die jeweilige Erläuterung dienten. Folgende Begriffe werden (in alphabetischer Reihenfolge) erläutert:

- *Diglossie / Triglossie / Polyglossie*
- *gesellschaftliche Mehrsprachigkeit*
- *individuelle Mehrsprachigkeit*
- *institutionelle Mehrsprachigkeit*
- *Korpusplanung*
- *Mehrsprachigkeit*
- *Minderheitensprache*
- *Muttersprache*
- *Prestigeplanung*
- *Spracherhalt*
- *Spracherwerbsplanung*
- *Sprachkonflikt*
- *Sprachplanung*
- *Sprachpolitik*
- *Sprachvarietät*
- *Sprachwechsel*
- *Standardsprache*
- *Statusplanung*

Diglossie / Triglossie / Polyglossie:

Diglossie wird hier im Sinne Fishmans (u.a. 1972) als eine besondere Form der Zweisprachigkeit (hier ein Synonym für → **Mehrsprachigkeit**) verstanden. Sie weist – so wie es Nelde (1979: 39-40) treffend formuliert – auf ein Sprachverhalten hin, das dadurch gekennzeichnet wird, dass bestimmte Äußerungen in einer Sprache (z.B. Niederländisch im Gemeindeamt) und eine weitere Reihe von Äußerungen in einer anderen Sprache (z.B. Friesisch in der Familie oder am Arbeitsplatz) ihren Ausdruck finden. Die Sprachteilhaber verfügen demnach über zwei (oder mehrere) linguistische Codes. Diese Codes lassen sich als Bereichscode kennzeichnen, also als Code, der mit einem gewissen (öffentlichen, halb-öffentlichen, privaten) Sprachgebrauchsbereich verbunden ist. In der Bereichswahl lässt sich eine gewisse („diglossische“) Systemhaftigkeit erkennen: Abgesehen von wenigen Kontakten, bei denen sämtliche Idiome untereinander ausgetauscht werden können, sind die Sprachbereiche jedes Idioms recht deutlich voneinander getrennt und schließen sich meist gegenseitig aus. In der Sprachwissenschaft wird oft ein Unterschied zwischen Di-, Tri- und Polyglossie gemacht. Der Unterschied bezieht sich im Grunde genommen auf die Zahl der von der ‚funktionalen Sprachaufteilung‘ betroffenen Sprachen. Im Falle der Diglossie handelt es sich um zwei, im Falle der Triglossie um drei und im Falle der Polyglossie um mehr als drei Sprachen.

Literatur:

- Fishman, Joshua A. (1972): *The Sociology of Language*. Rowley, MA: Newbury House.
- Nelde, Peter H. (1979): *Volkssprache und Kultursprache*. Wiesbaden: Steiner.

Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit

bezieht sich auf die Koexistenz von mehreren Sprachen in einer Gesellschaft (→ **Mehrsprachigkeit**). Mit der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit sind unter anderem eine geographisch-politische und eine sozial-psychologische Dimension verbunden. Die geographisch-politische Dimension bezieht sich auf die Manifestation der Mehrsprachigkeit innerhalb eines bestimmten geographischen Gebietes (z.B., einer Stadt, einer Region, eines Landes) und auf die politische Regelung bzw. Beeinflussung des Status, des Prestiges, der Institutionalisierung und der Legitimierung der sich in dem jeweiligen Gebiet manifestierenden Sprachen. Die sozial-psychologische Dimension bezieht sich auf die Verteilung, die Funktion, das Prestige, den Status, die Vitalität, usw. der jeweiligen Sprachen in (den unterschiedlichen Sprachgemeinschaften innerhalb) einer mehrsprachigen Gesellschaft. Im Kontext der Sprachminderheiten versucht man den geringen Status, das geringere Prestige und den geringeren Grad der Institutionalisierung und Legitimierung der → **Minderheitensprache** gegenüber der Mehrheitssprache besonders durch Maßnahmen im Bereich der Status- und der Prestigeplanung aufzufangen bzw. auszugleichen (→ **Statusplanung**, → **Prestigeplanung**).

Literatur:

- Lüdi, Georges (1996): Mehrsprachigkeit. In: Goebel, Hans et al. (Eds.): *Kontaktlinguistik. Band I*. Berlin/ New York: de Gruyter, 233-245.

- Mackey, William F. (2005): Bilingualism and Multilingualism. In: Ammon, Ulrich et al. (Eds.): *Soziolinguistik. Band 2*. Berlin/ New York: de Gruyter, 1483-1495.

Individuelle Mehrsprachigkeit

bezieht sich auf die Mehrsprachigkeit von Menschen. Diese sind mehrsprachig, wenn sie mehr als eine Sprache in ihrem Repertoire haben (→ **Mehrsprachigkeit**). In der Literatur wird neben einer ‚engen‘ auch eine ‚breite‘ Definition der ‚individuellen Mehrsprachigkeit‘ benutzt. In der ‚engen‘ Auffassung (vgl. Lüdi 1996: 234) geht man davon aus, dass eine Person nur dann mehrsprachig ist, wenn sie ihre Sprachen in der frühesten Kindheit erworben hat und wenn sie diese Sprachen perfekt beherrscht (und dies sowohl mündlich als schriftlich). Nach der ‚breiten‘ Definition (vgl. ebd.) ist eine Person mehrsprachig, wenn sie sich irgendwann in ihrem Leben im Alltag regelmäßig zweier (oder mehrerer) Sprachen bedient. In der ‚breiten‘ Definition wird keine Aussage über den Zeitpunkt des Spracherwerbs und die Sprachkompetenz gemacht. Solche Aspekte spielen (wie übrigens auch die Erwerbsmodalitäten, die kognitive Organisation der Sprachen, usw.) eine Rolle, wenn es darum geht, Typen von individueller Mehrsprachigkeit zu unterscheiden wie z.B. die mit dem Zeitpunkt des Erwerbs verbundene sukzessive und simultane individuelle Mehrsprachigkeit oder die mit dem Grad der Sprachbeherrschung verbundene symmetrische und asymmetrische individuelle Mehrsprachigkeit. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Typen der individuellen Mehrsprachigkeit ist besonders auch im Bereich der Sprachminderheiten von großem Interesse. Was die Erwerbsmodalitäten betrifft, ist es ja oft so, dass die ungesteuerte intergenerationelle Weitergabe der Minderheitensprache in der Familie infolge der gesellschaftlichen → **Sprachwechsel**prozesse ins Stocken geraten ist. Diese Tatsache veranlasst die Sprachminderheiten, in- und außerhalb der Familie Strategien für die Weitergabe der Minderheitensprache an die junge Generation zu entwickeln. In vielen Fällen versucht man die mangelhafte ungesteuerte intergenerationelle Weitergabe der Minderheitensprache durch das Angebot eines gesteuerten Erwerbs der Minderheitensprache in den Schulen aufzufangen bzw. auszugleichen (→ **Spracherwerbsplanung**).

Literatur

- Lüdi, Georges (1996): Mehrsprachigkeit. In: Goebel, Hans et al. (Eds.): *Kontaktlinguistik. Band I*. Berlin/ New York: de Gruyter, 233-245.
- Mackey, William F. (2005): Bilingualism and Multilingualism. In: Ammon, Ulrich et al. (Eds.): *Soziolinguistik. Band 2*. Berlin/ New York: de Gruyter, 1483-1495.

Institutionelle Mehrsprachigkeit

bezieht sich auf die Koexistenz von mehreren Sprachen in Institutionen (→ **Mehrsprachigkeit**). Im engen Sinne handelt es sich im Falle dieser Institutionen um öffentliche oder private, lokale, regionale, nationale oder supranationale Verwaltungen, die ihre Dienste in verschiedenen Sprachen anbieten. Im breiten Sinne schließt die institutionelle Mehrsprachigkeit auch Schulen und sogar Familien mit ein. In der Literatur wird die institutionelle Mehrsprachigkeit oft als eine Form der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit betrachtet (→ **gesellschaftliche Mehrsprachigkeit**).

Literatur:

- Lüdi, Georges (1996): Mehrsprachigkeit. In: Goebel, Hans et al. (Eds.): *Kontaktlinguistik. Band I*. Berlin/ New York: de Gruyter, 233-245.
- Mackey, William F. (2005): Bilingualism and Multilingualism. In: Ammon, Ulrich et al. (Eds.): *Soziolinguistik. Band 2*. Berlin/ New York: de Gruyter, 1483-1495.

Korpusplanung

bezieht sich im Wesentlichen auf die Standardisierung, die Normierung und/oder die Erweiterung des Lexikons, der Grammatik und der Orthografie einer Sprache. Korpusplanung spielt im Kontext der Sprachminderheiten, die über eine breit akzeptierte Standardvarietät der Minderheitensprache verfügen, besonders eine Rolle im Bereich der terminologischen Modernisierung des Lexikons der Minderheitensprache. Im Kontext der Sprachminderheiten, die noch nicht über eine allgemein akzeptierte Standardvarietät der Minderheitensprache verfügen, haben alle mit der Korpusplanung verbundenen Aspekte eine große Relevanz. Die Diskussionen, die es im Zusammenhang mit der Korpusplanung im Umfeld der autochthonen europäischen Minderheiten gibt, machen deutlich, dass Korpusplanung oft eine sehr emotionale Angelegenheit ist. Man stellt wiederholt fest, dass manche Angehörigen einer Sprachminderheit oft sehr an gewissen historisch gewachsenen Sprachvarietäten hängen und Versuche, die Minderheitensprache anhand eines Prozesses des sprachlichen Ausgleichs zu standardisieren, oft als eine Bedrohung für die Existenz ihrer eigenen Varietät erfahren (→ **Sprachplanung**).

Literatur:

- Baker, Colin/ Prys Jones, Sylvia (1998). *Encyclopedia of bilingualism and bilingual education*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Clyne, Michael G. (1997): *Undoing and redoing corpus planning*. Berlin/ New York: de Gruyter.
- Fishman, Joshua A. (2006): *DO NOT leave your language alone*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Publishers.
- Kaplan, Robert / Baldauf, Richard B. Jr. (1997). *Language Planning. From Practice to Theory*. Clevedon: Multilingual Matters.

Mehrsprachigkeit

ist ein Begriff mit einer offenen Semantik (vgl. Baetens Beardsmore 1991: 1). Mit dem Begriff Mehrsprachigkeit (hier ein Synonym für ‚Zweisprachigkeit‘) können – wie es Lüdi (1996: 234) formuliert – „sehr unterschiedliche Wirklichkeiten“ bezeichnet werden. Um diese Wirklichkeiten systematisch zu erfassen, teilt man Mehrsprachigkeit in der sprachwissenschaftlichen Literatur gewöhnlich in → **individuelle Mehrsprachigkeit**, → **gesellschaftliche Mehrsprachigkeit**, und (gelegentlich auch in) → **institutionelle Mehrsprachigkeit** auf.

Literatur:

- Baetens Beardsmore, Hugo (1991): *Bilingualism. Basic principles*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Lüdi, Georges (1996): Mehrsprachigkeit. In: Goebel, Hans et al. (Eds.): *Kontaktlinguistik. Band I*. Berlin/ New York: de Gruyter, 233-245.
- Mackey, William F. (2005): Bilingualism and Multilingualism. In: Ammon, Ulrich et al. (Eds.): *Soziolinguistik. Band 2*. Berlin/ New York: de Gruyter, 1483-1495.

Unter Minderheitensprache

wird die Sprache einer autochthonen Sprachminderheit verstanden (im Falle der Sprache einer allochthonen Minderheit ist in der Literatur meistens die Rede von ‚Immigrantensprache‘). Die Tatsache, dass die Sprache einer autochthonen Minderheit als Minderheitensprache bezeichnet wird, sagt nichts über den intrinsischen Wert der Sprache selbst aus. Keine Sprache hat aufgrund sprachinterner Merkmale einen höheren bzw. einen niedrigeren Wert einer anderen Sprache gegenüber. Wohl reflektiert der Begriff ‚Minderheitensprache‘ die gesellschaftliche Position der Minderheitensprachgemeinschaft *vis-à-vis* der sie umgebenden Sprachgemeinschaft (d.h.: der Mehrheit). Die Minderheitensprachgemeinschaft (kurz: die Sprachminderheit) verfügt über einen geringeren sozialen Status und über weniger (politische) Macht als die sie umgebende Mehrheit. Diese Status- und Machtunterschiede spiegeln sich in die Minderheitensprache wider. Im Vergleich zur Mehrheitssprache ist eine Minderheitensprache durch einen geringeren Status und ein geringes Prestige sowie durch einen niedrigeren Grad der Institutionalisierung und Legitimierung der Minderheitensprache gekennzeichnet (vgl. Nelde/ Strubell/ Williams 1996: 10-12).

Literatur

- Nelde, Peter H./ Strubell, Miquel/ Williams, Glyn (1996): *Euromosaic. The Production and Reproduction of Minority Speech Communities in the EU*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.

Mit der Muttersprache

(‘mother tongue’ oder auch ‘native language’) ist meistens jene Sprache gemeint, in der eine Person ab der Geburt im Schoße der Kernfamilie sozialisiert wird. Bezieht er sich auf Personen, die in einer einsprachigen Familie aufgewachsen sind, dann ist der Begriff ‘Muttersprache’ so gut wie deckungsgleich mit dem Begriff ‘Erstsprache’ und kann man auch davon ausgehen, dass die Muttersprache jene Sprache ist, die man am besten beherrscht, die man am meisten benutzt (wenigstens im Schoße der Familie), mit der man sich identifiziert und mit der man identifiziert wird. Anders ist es, wenn sich der Begriff auf Personen, die in einem mehrsprachigen Umfeld aufwachsen oder aufgewachsen sind, bezieht. Dann stellt sich die Frage inwiefern die Muttersprache mit der Sprache, die man als Erstsprache erworben hat, die man am besten beherrscht, die man am meisten benutzt, mit der man sich identifiziert und mit der man identifiziert wird, übereinstimmt. Die Ungenauigkeit des Muttersprachenbegriffs zur Beschreibung der individuellen und gesellschaftlichen Sprachpraxis in einem mehrsprachigen Umfeld ist der Hauptgrund dafür, weswegen dieser Begriff in der Sozio- und Kontaktlinguistik schon lange kritisch betrachtet wird (vgl. u.a. Kloss 1977).

Literatur:

- Swann, Joan et al. (2004): *A Dictionary of Sociolinguistics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Garcia, Ofelia (2009): *Bilingual Education in the 21st Century. A Global Perspective*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Kloss, Heinz (1977): Über einige Terminologieprobleme der interlingualen Soziolinguistik. In: *Deutsche Sprache* 3, 224-237.

Der Begriff Prestigeplanung

geht zurück auf Haarmann (1990), der damit jene Aspekte der Sprachplanung meint, die darauf hinzielen, ein für die anderen → **Sprachplanungsaktivitäten** im Bereich der → **Korpus-**, → **Status-** und → **Spracherwerbsplanung** günstiges Klima zu schaffen. Eigentlich ist Prestigeplanung verbunden mit dem Versuch, die Einstellungen einer Sprachgemeinschaft *vis-à-vis* einer mit wenig Prestige verbundenen Sprache im positiven Sinne zu beeinflussen. Im Bereich der einheimischen europäischen Sprachminderheiten versucht man besonders den (jüngeren) potenziellen Sprechern einen gewissen Stolz oder ein gewisses Selbstwertgefühl beizubringen, wenn es um den Gebrauch der Minderheitensprache geht. Das tut man, indem man den Versuch wagt, der Minderheitensprache in Teilgebieten der Gesellschaft, die das breite Publikum ansprechen (z.B. Musik und andere Formen der populären Kultur, Sport, ...), einen Platz zu geben.

Literatur:

- Cooper, Robert L. (1989): *Language Planning and Social Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Haarmann, Harald (1990): Language planning in the light of a general theory of language: a methodological framework. In: *International Journal of the Sociology of Language* 86, 103-126.

Spracherhalt

wird hier verstanden als „the *continued use* of a language by a particular group” (King 2001: 3; Hervorhebung JD) oder die Situation, in der „a speech community *continues to use* its traditional language in the face of a host of conditions that might foster a shift to another language” (Hyltenstam/Stroud 1996: 567; Hervorhebung JD). So betrachtet, betont der Begriff Spracherhalt eher einen Status quo, was die Verwendung der Minderheitensprache betrifft. Spracherhalt wird jedoch auch benutzt für solche Situationen, in denen man versucht über den Status quo hinauszugehen. Dann wird die Grenze zum Begriff ‚Sprachrevitalisierung‘ (auch RLS genannt, Reversing Language Shift) eher dünn. Es hat in der Literatur Versuche gegeben, Faktoren aufzulisten, die in einer positiven (oder negativen) Weise zum Erhalt einer Minderheitensprache beitragen (vgl. u.a. Kloss 1966). Auch dann wird aber immer wieder auf das in der Haugen’schen ‚Ökologie der Sprache‘ verfasste Prinzip hingewiesen, dass die historische Einzigartigkeit, die jede Sprachminderheitensituation kennzeichnet, die Entwicklung maßgeschneiderter Maßnahmen zum Spracherhalt erfordert. Eine universale Blaupause für die Entwicklung solcher Maßnahmen gibt es nicht und kann es angesichts der Vielfalt der Minderheitensprachen auch nicht geben.

Literatur:

- King, Kendall A. (2001): Language Revitalization Processes and Prospects. Quichua in the Ecuadorian Andes. Clevedon: Multilingual Matters.
- Kloss, Heinz (1966): German-American language maintenance efforts. In: Fishman, Joshua A. (Ed.): Language Loyalty in the United States. The Hague: Mouton, 206-252.
- Hyltenstam, Kenneth/ Stroud, Christopher (1996): Language maintenance. In: Goebel et al. (Eds.): Contact Linguistics. Vol. 1. Berlin/ New York: de Gruyter, 567-578.

Spracherwerbsplanung

bezieht sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung der Zahl der Sprecher einer bestimmten Sprache. Dadurch, dass die intergenerationelle Weitergabe der → **Minderheitensprache** ins Stocken geraten ist, wird im Bereich der einheimischen europäischen Sprachminderheiten sehr viel Wert auf das Angebot der Minderheitensprache im Unterricht gelegt. Man achtet dabei besonders auf die Kontinuität vom Angebot vom Kindergarten über die Grundschule bis zur Sekundarschule. Und man investiert auch in das Angebot der Minderheitensprache in der Kinderkrippe, im Hochschulwesen und in der Erwachsenenbildung. Die Art und Weise wie man die Minderheitensprache in das Schulwesen integriert, weist Unterschiede auf. Neben Modellen, die die Minderheitensprache auf der Grund- und/oder auf der Sekundarschulebene in einer Art Immersionsunterricht berücksichtigen, gibt es auch Curricula, in denen die Minderheitensprache nur in Höhe von ein paar wenigen Stunden pro Woche als ‚Fremdsprache‘ in der Grundschule angeboten wird (→ **Sprachplanung**).

Literatur:

- Baker, Colin/ Prys Jones, Sylvia (1998). *Encyclopedia of bilingualism and bilingual education*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Cooper, Robert L. (1989): *Language planning and social change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strubell, Miquel (1999): From language planning to language policies and language politics. In: Weber, Peter J. (ed.): *Contact + Confli(c)t. Language planning and minorities*. Bonn: Dümmler, 237-248.

Sprachkonflikt

wird in der Minderheitenforschung als ein gesellschaftlicher Konflikt verstanden, in dem Sprache als ein Sekundärsymbol für zugrundeliegende Konfliktursachen einer nicht linguistischen (also: einer sozio-ökonomischen, politischen, religiösen, kulturellen, ...) Art eingesetzt wird. Der Sprachkonflikt mag dabei als das ‚kleinere Übel‘ erscheinen, da sich offensichtlich Sprachkonflikte in vielen Fällen leichter korrigieren lassen als primär soziopolitische und andere, außersprachlich bestimmte Konflikte (Nelde 1999: 40). Laut Nelde (vgl. u.a. Nelde 1987 & 1997) gibt es keinen Sprachkontakt ohne Sprachkonflikt. Entscheidend zum Verständnis dieses ‚Nelde’schen Gesetzes‘ ist die wesentliche Erkenntnis, dass es viele mögliche Ausprägungsformen von Sprachkonflikten gibt. Neben ethnischen lassen sich u.a. ethnolinguistische, politisierte und politische Sprachkonflikte erkennen (vgl. Weber 1996: 80-84). Noch ausschlaggebender zum Verständnis des Nelde’schen Gesetzes ist jedoch, dass es nicht nur offen ausgetragene, sondern in vielen Fällen subkutan anwesende, latente Konflikte gibt, die in Sprachkontaktsituationen gleichsam vorprogrammiert sind. Haarmann (2001: 204) weist darauf hin, dass Konfliktstoff allerdings vorprogrammiert ist, wenn man in Rechnung stellt, dass in Situationen des Sprachkontakts eine der Sprachen in der Regel mehr Prestige genießt als die andere(n). Es entsteht eine Situation, in der eine, dem Prestige nach dominante Sprache einen sozialen Druck auf die andere(n) Sprache(n) ausübt (→ **Minderheitensprache, → Sprachwechsel**). Nach Haarmann ist es nicht übertrieben davon auszugehen, dass unter diesem Gesichtspunkt jeder Sprachkontakt eine potentielle Konfliktquelle darstellt. Konflikte sollten nicht unbedingt negativ beurteilt werden. Aus Konflikten können ja neue Strukturen entstehen, die – z.B. im Falle von Minderheitensprachgesellschaften – günstiger sein können als die vorhergehenden.

Literatur:

- Haarmann, Harald (2001): *Babylonische Welt. Geschichte und Zukunft der Sprachen Europas*. Frankfurt/ New York: Campus.
- Nelde, Peter H. (1987): Research on Language Conflict. In: Ammon, Ulrich et al. (Ed.): *Sociolinguistics*. Vol. 1. Berlin/ New York: de Gruyter, 607-612.
- Nelde, Peter H. (1997): Language Conflict. In: Coulmas, Florian (Ed.): *The Handbook of Sociolinguistics*. Oxford: Blackwell, 285-300.
- Nelde, Peter Hans (1999): Perspektiven einer europäischen Sprachpolitik. In: Union der deutschen Akademien der Wissenschaft (Ed.): *Werkzeug Sprache*. Oldenbourg: Olms, 35-56.
- Weber, Peter J. (1996): *Die multilinguale und multikulturelle Gesellschaft: eine Utopie? Aspekte einer empirischen Komponentenanalyse zur sprachlichen Identität in Belgien* (Plurilingua XV). Bonn: Dümmler.

Sprachplanung:

In Anlehnung an Haugen (1972 und 1987), Kloss (1969) und besonders auch Cooper (1989: 45) wird Sprachplanung hier verstanden als der Versuch, (1) das Korpus, (2) den Status, und (3) den Erwerb einer Sprache durch konkrete Maßnahmen zu beeinflussen. Man unterscheidet demnach drei interagierende ‚traditionelle‘ Sprachplanungsarten oder -dimensionen: → **Korpusplanung**, → **Statusplanung** und →

Spracherwerbsplanung. In der Literatur ist daneben auch noch die Rede von einer vierten Sprachplanungsart oder -dimension: → **Prestigeplanung**. Wenn Sprachplanung als eine Aktivität verstanden wird, die sich zum Ziel setzt, anhand von konkreten Maßnahmen „systematic linguistic change in some community of speakers“ (Baldauf/Kaplan 1997: xi) zu fördern, dann kann es sich um eine Aktivität handeln, die darauf ausgerichtet ist, eine bereits existierende → **Sprachpolitik** (im Sinne von ‚language policy‘) zu implementieren. Es ist aber auch möglich, dass Sprachplanungsaktivitäten – von sprachpolitischen Diskussionen (‘language politics’) begleitet oder nicht – einer ausformulierten Sprachpolitik (‘language policy’) vorausgehen bzw. dazu beitragen, eine bereits existierende Sprachpolitik zu überarbeiten.

Literatur:

- Cooper, Robert L. (1989): *Language planning and social change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Coulmas, Florian (1985): *Sprache und Staat. Studien zu Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin: de Gruyter (Sammlung Götschen).
- Haugen, E. (1972a): Language Planning, Theory and Practice. In: Dil, Anwar S. (ed.): *The Ecology of Language*. Stanford, CA: Stanford University Press, 284-298.
- Haugen, Einar (1987): Language Planning. In: Ammon, Ulrich et al. (eds.): *Sociolinguistics. Vol. 1* Berlin/ New York: Walter de Gruyter, 626-637.
- Kaplan, Robert/ Baldauf, Richard B. Jr. (1997): *Language Planning. From Practice to Theory*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Kloss, Heinz (1969). *Research Possibilities on Group Bilingualism. A Report*. Publication B-18. Québec: Centre International de Recherches sur le Bilinguisme (CIRB). Université Laval.

Sprachpolitik

(im Sinne vom engl. ‚language policy‘) könnte man definieren als die Gesamtheit von mündlichen und/oder schriftlichen (in)formellen ‘Texten’, die auf die (Änderung der) Sprachendynamik in (einem Teil bzw. Teilgebiet) der Gesellschaft hinzielen (vgl. Kaplan/Baldauf 1997: xi) und Ricento (2000: 23). Eine Sprachpolitik kann von bereits implementierten → **Sprachplanungsmaßnahmen** beeinflusst werden und/oder selbst zur Aus- bzw. Überarbeitung von Sprachplanungsmaßnahmen führen. Kennzeichnend für eine voll und ganz ausgeklügelte Sprachpolitik ist, dass anhand von strategischen Dokumenten auf die konkrete Umsetzung sprachpolitischer Ziele antizipiert wird. In Wales, z.B., sorgte die walisische Sprachplanungsbehörde dafür, dass die im Text ‚The Welsh Language: A Vision and Mission for 2000-2005‘ enthaltene Sprachpolitik von sogenannten ‚language schemes‘ begleitet wurde. Ein ‚language scheme‘ ist in der Auffassung der walisischen Sprachplanungsbehörden ein strategischer Plan (anders

formuliert: ein Aktionsplan oder ein Drehbuch) für die konkrete Implementierung / Umsetzung der Sprachpolitik (vgl. The Welsh Language Board 2000: 113).

Mit **Sprachpolitik** (im Sinne vom engl. 'language politics') ist der ‚politische Prozess‘ gemeint, der der eventuellen Formulierung konkreter sprachpolitischer Ziele ('language policy goals') vorangeht und/oder 'diskursiv' begleitet (vgl. Kymlicka/Grin 2003: 17). Im Sinne von Labrie (1999: 205), der sich auf Eloy (1997) stützt, handelt es sich hier um den Ausdruck von Machtverhältnissen bei der Ausübung von sozialer Kontrolle hinsichtlich der Sprachvariation bzw. der Sprachenvielfalt in einer Gesellschaft. Über die Akteure, die sich an sprachpolitischen Prozessen beteiligen, schreibt Labrie (1999: 205-206), dass es sich um mehr oder weniger organisierte Akteure (Vereine, Interessengruppen, politische Parteien, ...) handelt, die gewisse Mittel zur Verfügung haben, die es ihnen erlauben, sprachpolitische (d.h. 'language policy') Initiativen zu ergreifen oder auf bestehende sprachpolitische Initiativen zu reagieren (vgl. auch De Winter et al. 2006). Die Sprachpolitik ('language politics') trägt also unverkennbar zur Dynamik der Sprachpolitik ('language policy') bei.

Im deutschen Sprachraum wird gelegentlich ein Unterschied zwischen einer auf ein einzelne Sprache gerichteten ‚Sprachpolitik‘ und einer auf mehrere Sprachen gerichteten ‚Sprachenpolitik‘ gemacht. Der Begriff ‚Sprachpolitik‘ sowie er hier definiert wurde, richtet sich (gemäß den englischen Begriffen 'language policy/politics' und den niederländischen Begriffen 'taalbeleid/politiek' auf eine und/oder mehrere Sprachen).

Literatur:

- Eloy, Jean-Michel (1997): Aménagement ou politique linguistique? In: *Mots* 52, 7-22.
- Kaplan, Robert/ Baldauf, Richard B. Jr. (1997): *Language Planning. From Practice to Theory*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Kymlicka, Will/ Grin, François (2003): Assessing the politics of diversity in transition countries. In: Daftary, Farimah/ Grin, François (eds.): *Nation-Building, Ethnicity and Language Politics in Transition Countries*. Budapest: Open Society Institute, 1–27.
- Labrie, Normand (1999): Vers und nouvelle conception de la politique linguistique. In: Weber, Peter J. (ed.): *Contact + Confli(c)t. Language planning and minorities*. Bonn: Dümmler, 201-222.
- Ricento, Thomas (2000): Perspectives in language policy and planning. In: Ricento, Thomas (ed.): *Ideology, Politics and Language Policies*. Amsterdam: Benjamins, 9-24.
- The Welsh Language Board (2000): Language Revitalization: The Role of the Welsh Language Board. In: Williams, Colin H. (Ed.) (2000): *Language Revitalization. Policy and Planning in Wales*. Cardiff: University of Wales Press.

Eine Sprachvarietät

wird im Sinne von Elspass (2005: 298) verstanden als ein Subsystem innerhalb einer natürlichen Sprache (also etwa eine „Sprache in der Sprache“). Dieses Subsystem, so Elspass (ebd.), lässt sich idealerweise durch eine relativ stabile Teilmenge von sprachlichen Varianten von anderen Subsystemen derselben Sprache unterscheiden. Diese Teilmengen stehen in Zusammenhang mit bestimmten außersprachlichen Merkmalen, wie z.B. einer typischen Kommunikationssituation oder der regionalen

Herkunft der Sprecher. Als Varietäten bspw. des Deutschen, Französischen, und Niederländischen zählen typischerweise deutsche, französische bzw. niederländische Dialekte oder Soziolekte, aber auch die in den deutschsprachigen, in den französischsprachigen bzw. in den niederländischsprachigen Ländern national verschieden ausgeprägten Formen der Standardsprache.

Literatur:

- Elspass, Stephan (2005): Sprachpolitischer Umgang mit regionaler Variation. In: Kilian, Jörg (Ed.): *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. Mannheim: Dudenverlag, 294-313.

Sprachwechsel

wird hier verstanden als ein gradueller Prozess, der dadurch gekennzeichnet wird, dass Sprecher einer Sprache A den Gebrauch dieser Sprache im Laufe der Zeit (d.h. in den meisten Fällen über mehrere Generationen hinweg) zugunsten des Gebrauchs einer Sprache B aufgeben (vgl. Haugen 1953: 370-371). In den meisten Fällen ist es so, dass es sich im Falle der Sprache A um eine → **Minderheitensprache** und im Falle der Sprache B um eine Mehrheitssprache handelt. Sprachwechsel ist jedoch nicht beschränkt auf solche Situationen, in denen die Sprache einer dominanten Gruppe die Sprache einer numerisch und/oder wirtschaftlich-politisch untergeordneten Gruppe ersetzt (vgl. Thomason 2001: 227). In vielen Fällen gehorcht Sprachwechsel in großen Zügen jenem Muster, wobei die bedrohte Sprache zuerst in öffentlichen und formellen Kontexten aufgegeben und auf den intimen Bereich beschränkt wird um daraufhin ganz zu verschwinden (Gal 1996: 588). Jedoch ist auch dann der ganze Verlauf des Sprachwechselprozesses eher kapriziös. Sprachwechsel zeigt sich auch dann als ein non-linearer (eher als ein linear ablaufender) Prozess (vgl. Mackey 1980 und Nelde 1982).

Literatur:

- Gal, Susan (1996): Language Shift. In: Goebel, Hans et al. (Eds.): *Contact Linguistics*. Vol. 1. Berlin/ New York: de Gruyter, 586-593.
- Haugen, Einar (1953): *The Norwegian Language in America: A Study in Bilingual Behavior*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Mackey, William F. (1980): The ecology of language shift. In: Nelde, Peter H. (Ed.): *Sprachkontakt und Sprachkonflikt*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 35-41.
- Nelde, Peter Hans (1982): Sprachökologische Überlegungen am Beispiel Altbelgiens. In: *Germanistische Mitteilungen* 15, 81-92.
- Thomason, Sarah Grey (2001): *Language Contact. An Introduction*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Eine Standardsprache

wird hier ganz im Sinne von Elspass (2005: 294) verstanden als jene Sprachform, die in einer Sprachbevölkerung überregional und über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg akzeptiert ist. Eigentlich müsste man korrekterweise von Standardvarietät eher als von Standardsprache reden, da sie, so Elspass (2005: 298) nur eine von vielen möglichen Ausprägungen im ganzen Varietätengefüge einer Sprachbevölkerung darstellt (→ **Sprachvarietät**).

Literatur:

- Elspass, Stephan (2005): Sprachpolitischer Umgang mit regionaler Variation. In: Kilian, Jörg (Ed.): *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. Mannheim: Dudenverlag, 294-313.

Statusplanung

bezieht sich im Wesentlichen auf die Beeinflussung vom Status sowie von der funktionalen Verbreitung einer Sprache innerhalb der Gesellschaft. Statusplanung zielt nicht direkt auf die Zunahme der Sprecherzahl hin. Im Bereich der einheimischen europäischen Sprachminderheiten versucht man der Minderheitensprache in einer proaktiven Weise in solchen Bereichen wie dem öffentlichen Dienst, dem Gerichtswesen, dem Gesundheitswesen, dem Rundfunk, dem Fernsehen und dem Kulturbetrieb einen Platz zu geben. Daneben versucht man aber auch, den Gebrauch der Minderheitensprache in solchen Bereichen wie der lokalen und regionalen Wirtschaft und den neuen (sozialen) Medien zu fördern. Dies zur Hemmung bzw. zur Umbeugung der gesellschaftlichen Sprachwechselprozesse.

Literatur:

- Baker, Colin/ Prys Jones, Sylvia (1998). *Encyclopedia of bilingualism and bilingual education*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Coulmas, Florian (1985): *Sprache und Staat. Studien zu Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin: de Gruyter (Sammlung Götschen).
- Kaplan, Robert/ Baldauf, Richard B. Jr. (1997). *Language Planning. From Practice to Theory*. Clevedon: Multilingual Matters.



Das Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission und der Autonomen Region Trentino-Südtirol finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission und die Region haften nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



RML2future

Network for multilingualism and
linguistic diversity

www.language-diversity.eu